

Die "Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, am Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Vertriebspreis beträgt bei jeder Zustellung im Haus für Ost- und West-Berlin 4,50 M., bei anderen Postbezirken monatlich 5,15 M., bei Zustellung unter Streifenland für Deutschland 7,- M., für Ausland 8,- M., per Brief 12,- M.

Jahreslohn für die abgegebene, Nonconformität ab, deren Name einsehl. Erwerbsnachricht 1,20 M., das letzte Heft 1,15 M., das weitere Heft 85 Pf., Familien- und Organisationsnachrichten die abgegebene Nonconformität 2,40 M., das letzte Heft 2,35 M., jedes weitere Heft 45 Pf., Jahreslohn für den darauf folgenden Tag müssen spätestens im 2. Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben sein.

Anzeigen-Abteilung: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19
Fernsprecher: Amt Norden 2895 - 96, 9749

Freiheit

Berliner Organ

Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Der weiße Schrecken in Finnland.

Friede im Osten!

In dem Brestelärm, der wegen der Auslieferungsfraße die letzten Wochen erfüllt, ist in der deutschen Öffentlichkeit fast völlig eine Tatsache unberücksichtigt gelassen worden, die von weltgeschichtlicher Bedeutung sein wird. Es ist die völlige Neugestaltung der Verhältnisse im Osten, der Zusammenbruch der russischen Blockade, der beginnende Frieden zwischen den Nordwesten und Sowjetrußland, die Anbahnung eines Wirtschaftsverkehrs zwischen den Entente-Ländern und Rußland, die die Situation im Osten in einem neuen Lichte erscheinen lassen und die europäische Politik vor völlig neue Probleme stellen.

Nach dem Zusammenbruch der letzten Offensive des Generaludenich gegen Petersburg war mit einiger Gewißheit zu erwarten, daß die militärische Lage Sowjetrußlands sich bedeutend bessern würde. Doch die nachfolgenden Ereignisse haben selbst die kühnsten Erwartungen übertrumpft. Sie haben gezeigt, daß die gewolligen Anstrengungen der Ententeimperialisten und der von ihnen unterstützten russischen Konterrevolutionäre keinen festen Boden unter sich hatten. Alle Bemühungen der Ententeimperialisten, einen "Stapelbrakt" um Rußland zu ziehen und die Sowjetregierung zu stürzen, sind an dem heidenhaftesten Widerstand der russischen Arbeiter- und Bauernarmee gescheitert, die unter unerschütterlichen Müttern und Opfern die Intervention der ausländischen Imperialisten zurückschlugen. Die Ereignisse haben auch gezeigt, daß das westeuropäische Proletariat mit immer stärkerem Nachdruck für die Intervention des revolutionären Rußlands eintrat, und daß die um ihre Selbständigkeit ringenden russischen Randländer in ihrem eigenen Interesse sich dagegen sträubten, weiterhin Bütteldienste für den Ententeimperialismus zu verrichten. Die Haltung der Sowjetregierung den Randländern gegenüber erleichterte ihnen ihren Widerstand gegen die Herrschaft der Intervention und der Blockade. Die Sowjetregierung hat feierlich bekundet, daß sie die Selbständigkeit der Randländer anerkennt und sich in die inneren Verhältnisse dieser Länder nicht einmischen wolle. Sie hat in den bisher stattgefundenen Verhandlungen auch ihren praktischen Willen gezeigt, ein freundschaftliches politisches und wirtschaftliches Verhältnis zwischen Sowjetrußland und den Randstaaten herzustellen. Die Folge war der Abschluß des Friedens zwischen Sowjetrußland und Estland, dem automatisch auch der Friede mit den übrigen Randstaaten folgen muß.

Am bedeutungsvollsten ist hier die immer stärker werdende Friedensgemäßigkeit Valens, das als stärkster Exponent der antirussischen Politik der Entente angesehen werden muß. Das russische Friedensangebot an Polen, das bereits im Dezember erfolgte und Ende Januar in der leichtesten Form wiederholt wurde, hat die friedensfreundliche Stimmung in den polnischen Volksmassen außerordentlich gefördert, und die veränderte Stellung der Ententeimächte gegenüber Rußland hat das ihrige dazu beigetragen, daß die polnischen Staatsmänner ihre Eroberungsabsichten im Osten zügeln und sich ernsthaft mit der Vorbereitung der Friedensverhandlungen mit Sowjetrußland beschäftigen.

Der feindliche Wall gegen Sowjetrußland wäre selbstverständlich nicht durchbrochen worden, wenn der Oberste Rat der Alliierten noch die geringste Aussicht besessen hätte, die Front gegen Rußland zu halten. Diese Aussicht schwand aber, da der Druck der Arbeitermassen immer stärker, die militärischen Expeditionen immer kostspieliger, die "Siege" der russischen Weißen Garden immer problematischer wurden. Hierzu kam die starke Bedrohung der englischen Orientstellung und das Vordringen der Roten Armeen in Zentralasien und Sibilien, die die Unabhängigkeitsbewegung in den englischen Vasallenstaaten und Kolonialländern des Ostens außerordentlich verstärkte. Daraus kam noch die wachsende Rohstoffnot in allen Ländern Europas und die Furcht vor einer eventuellen Annäherung zwischen Rußland und Deutschland, die England als die führende Macht der Entente veranlaßte, eine völlige Schwermut in ihrer russischen Politik vorzunehmen und den Boden für eine Verständigung mit Sowjetrußland vorzubereiten.

Die englisch-russischen Verhandlungen sind bisher so weit gediehen, daß bereits am 12. Februar in Stockholm ein Abkommen über den Austausch der beiderseitigen

Ein finnischer Lieblied.

Eigene Drahtmeldung der "Freiheit".

Stockholm, 18. Februar.
Aus Helsinki wird an unser Stockholmer Parteiblatt "Politiken" telegraphiert: Das finnische Regierungsgremium teilt mit, daß der neulich verhaftete finnische sozialdemokratische Führer O. S. Kuusinen bei einem Fluchtversuch erwischt worden ist. Die finnischen Genossen haben sich einen finnischen Lieblied erschossen, auch bei einem Fluchtversuch — erbitterte Gegner! Möge das Proletariat der Welt die weißfinnischen Menschensünder brandmarken. Kuusinen war einer der Gründer der finnischen kommunistischen Partei, einer der hervorragendsten Männer der finnischen Arbeiterklasse und nahm an der Bildung der Dritten Internationale teil.

Der Friede mit der Türkei.

London, 18. Februar.

Die Friedenskonferenz hat die vorläufige Prüfung der ganzen türkischen Frage beendet. Es wird jetzt mit der Aufstellung des Friedensvertragsentwurfs begonnen.

Neue Armeniermeßel.

H. N. London, 18. Februar.

Mustafa Kemal, der Führer der nationalen Türken, hat eine neue Bewegung gegen die Armenier begonnen. Seine Truppen rücken in der Richtung der Bagdad-Eisenbahn weiter vor. Die Armenier haben bereits 7000 Mann Verluste. Wenn nicht sofort Hilfe kommt, werden die 150 000 Armenier, die in Galicien sind, wahrscheinlich sämtlich Mustafa zum Opfer fallen.

Der britische hohe Kommissar in Konstantinopel hat der türkischen Regierung davon Kenntnis gegeben, daß die Verbündeten beschlossen haben, Konstantinopel der Türkei zu belassen. Wenn aber die Verfolgung der Armenier fortduern würde, wäre das Friedensabkommen für die Türkei wesentlich geändert worden.

Amerikanisch-alliierte Konflikte.

Wie Reuters amtlich meldet, hat Wilson in einem Memorandum den Alliierten mitgeteilt, daß die Vereinigten Staaten möglicherweise die Zurückziehung des Versailles

Vertrages aus dem Senat erwirken müßten, wenn die Alliierten bei der Verfolgung ihrer Pläne weiterhin ohne Zustimmung der Vereinigten Staaten handelten.

Darauf antworteten die Alliierten. Der Oberste Rat sei gestimmt gewesen, während der freiwilligen Abwesenheit des amerikanischen Vertreters Beschlüsse zu fassen. Die Antwort setzt ferner auseinander, daß die Vorschläge vom Dezember in Kraft gesetzt werden sollen, wenn Wilson jagen wolle, wie sie ausgeführt werden sollen.

Der Kampf gegen Wilson.

Die amerikanischen Pressekommentare über Wilsons Rote bezüglich der Adriatischen Frage sind für ihn ebenso ungünstig wie die Kommentare im Zusammenhang mit der Demission Lansing's.

"New York Sun" fragt, ob Lloyd George, Millerand und Briet die Diktatur Wilsons anzunehmen geneigt sei, da dessen Ansichten über Recht und Pflicht ihm allumfassend erscheinen und er gewohnt ist, Gesetze vorzuschreiben. Dieser Auffassung, über die eigene Macht und Vollkommenheit scheint Wilson treu zu bleiben. "Evening Sun" sagt, die amerikanische Bevölkerung erhalte keine Informationen aus erster Hand über die ausländische Politik. Es werde hohe Zeit, daß sich der amerikanische Bürger einmal um die eigene Regierung kümmere.

Rechnich urteilt die englische Presse, die besonders den Fehler der amerikanischen Verfassung hervorhebt, durch den der Präsident mit einer so großen Macht ausgestattet werde, daß sein Kabinett ohne ihn nichts tun könne, während gleichzeitig jede Regelung fehler, die im Falle einer Erkrankung des Hauptes der Exekutivgewalt eine Vertretung vorsehe.

Aufhebung einer kommunistischen Konferenz.

Die "Frankfurter Zeitung" berichtet aus Hannover: Die hier tagende Reichskonferenz der kommunistischen allgemeinen Arbeiter-Union wurde auf die von Berlin angelegene Mitteilung, daß sich unter den Teilnehmern von den Behörden gesuchte Personen befinden, von der Sicherheitspolizei aufgehoben. Die Polizei nahm sämtliche 67 Teilnehmer der Konferenz in Haft und stellte dann fest, daß sich unter ihnen auch der seit längerer Zeit flüchtige russische Agitator Sturm befand. Dieser und ein anderer Ausländer wurden in Haft gehalten, während man die übrigen nach Feststellung ihrer Personalleisten wieder entließ.

Kriegsgefangenen unterzeichnet worden ist. Daneben laufen Verhandlungen über die Aufnahme des Wirtschaftsverkehrs zwischen englischen und russischen Organisationen. Die englische Regierung hat die Bedingung aufgestellt, daß dieser Wirtschaftsverkehr nur mit den russischen Genossenschaftsorganisationen aufgenommen werden dürfe. Die Sowjetregierung hat diesen türkischen Umgebungsversuch damit beantwortet, daß sie diese Organisationen als staatliche Institutionen erklärt und die Forderung an die englische Regierung gestellt hat, direkt mit ihr zu verhandeln. Wir glauben nicht, daß die Wirtschaftsverhandlungen zwischen England und Rußland infolge dieser Plänkereien scheitern werden, denn ausschlaggebend für den Erfolg dieser Verhandlungen ist die grundlegende Tatsache, daß die Intervention in Rußland de facto zusammengebrochen, die Blockade durchlöchert und der weitere Krieg unmöglich ist. Die Entente muß ihre militärischen Pläne im Osten aufgeben, die Sowjetregierung ist zu einer Verständigung mit ihr und zu Konzessionen an den Ententeimperialismus bereit. — Die Situation ist also vollkommen eindeutig, und es wird lediglich von dem Kräfteverhältnis und der Geschicklichkeit der miteinander verhandelnden Parteien abhängen, wie sich die beiderseitige Verständigung gestalten wird.

Die deutsche Politik hat sich auch in dieser Frage vor vollendete Tatsachen stellen lassen, ohne auch nur die geringste Fähigkeit zu zeigen, Einfluß auf die Gestaltung der Verhältnisse im Osten zu gewinnen und den Interessen der arbeitenden Massen zu dienen. Hieran ist nicht nur der militärische Zusammenbruch und der Friede von Versailles schuld, auch das böse Erbeil des Brest-Litowsker Gewalt-

friedens: der Haß gegen den deutschen Imperialismus und der Zusammenbruch der deutschen Stellung in den russischen Randländern kann nicht als Ursache der jetzigen Isolierung Deutschlands im Osten angeführt werden. Die Hauptrolle trägt die verfehlte Politik der republikanischen Regierung, die stets nur auf den Zusammenbruch Sowjetrußlands spezialisierte, ihn nach Kräften zu fördern suchte, sich heimlich von Rußland abschloß und nur von der Furcht erfüllt war, daß die revolutionären Funken aus dem Osten nach Deutschland hinüberspringen könnten. Diese Politik, verbunden mit der aktiven Unterstützung, die die russischen Konterrevolutionäre im neuen Koblenz, Berlin, fanden und mit der verbrecherischen Balkenpolitik, die das neue Bündnis zwischen der deutschen und der russischen Intervention dokumentierte, hat nicht nur die letzten Brücken zwischen Deutschland und Rußland abgebrochen, sondern auch die Abneigung, die in Rußland gegen die triumphierenden Sieger von Brest-Litowik bestand, auf das republikanische Deutschland übertragen. Von deutscher Seite geschah nichts, um diese Abneigung zu zerstreuen und abzumildern, vielmehr betrachteten es führende Politiker und Militärs immer wieder als ihre Aufgabe, den Kampf gegen den Bolschewismus als das höchste Ziel der deutschen Politik zu proklamieren und die Genialität des Ententeimperialismus dadurch zu erkaufen, daß sie sich als Waffe der Entente gegen Sowjetrußland anboten. Noch in letzter Zeit haben General Hoffmann — Brest-Litowiker Angedenkens — und General Ludendorff sich ausländischen Journalisten gegenüber geäußert, daß Deutschland allein der Wall sein könne, an dem die rote Blut aus dem Osten sich brechen werde. Und der Reichswehrminister Kops, der in der

famtlieh äußere Politik auf eigene Faust betreibt, hat noch gestern in seinem Interview im „Lokalanzeiger“ erklärt, bezüglich Russlands heiße es abwarten, was die Zeit bringt und lehrt, denn es sei nicht ausgeschlossen, daß es sich bei dem Friedensangebot Sowjetrusslands an Polen nur um ein „taktisches Manöver“ handle. So wird nach wie vor von Stellen, die die deutsche Politik in ausschlaggebender Weise beeinflussen, die Politik gegenüber Sowjetrusslands lediglich unter militärischen Gesichtspunkten und der Angst vor der „toten Flut“ betrieben. Ist auch der deutsche Militarismus zusammengebrochen, sein Geist lebt unverändert nicht nur in der inneren, sondern auch in der äußeren Politik fort.

Die Ostpolitik des Auswärtigen Amtes zeigt diesem alles beherrschenden Geiste gegenüber keine eigene Note. Sie tritt hinter den Ereignissen her und glaubt besonders geschickt zu sein, wenn sie an der Last der „zwei Eisen im Feuer“ festhält, die schon vor dem Kriege so elend Schiffbruch erlitten hat. Das Auswärtige Amt denkt noch immer nicht daran, die diplomatischen Beziehungen mit Sowjetrussland aufzunehmen. Es steht mit gekreuzten Armen der Tatsache gegenüber, daß England und Amerika sich eine wirtschaftliche Vormachtstellung im Osten erobert, ja, es lehnt noch heute, wie es erst gestern in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ verkündet ließ, eine antische Beteiligung an einer nach Russland zu entsendenden deutschen Studienkommission ab und überläßt es der deutschen Industrie, mit russischen Wirtschaftsverbänden direkte Beziehungen aufzunehmen.

Nichts kann drastischer als diese Stellungnahme die völlige Unfähigkeit der Regierungspolitik im Osten zeigen. Noch wie vor wird diese Politik beherrscht vom kapitalistischen Prinzip des „freien Wettbewerbs“, vom Profitinteresse des einzelnen Unternehmers und Händlers. Mit geschlossenen Augen steht die Regierung der Tatsache gegenüber, daß die Konzentration der wirtschaftlichen Kräfte in den Händen der Sowjetregierung und der genossenschaftlichen Organisationen eine ähnliche Konzentration auf deutscher Seite erfordert, und daß gerade jetzt der Augenblick gekommen wäre, die Elemente sozialistischer Wirtschaftsgestaltung in Deutschland durch entsprechende Verhandlungen mit Sowjetrussland zu verstärken. Die Regierung sieht diese Tatsache von weltgeschichtlicher Bedeutung nicht. Sie kann sie nicht sehen, weil sie völlig vom kapitalistischen Geiste erfüllt ist und im hergebrachten Sinne weiterwirkt, anstatt für die Sicherung der großen wirtschaftlichen und sozialen Interessen des deutschen Proletariats im Osten Sorge zu tragen.

Je mehr die Lage im Osten sich entwirrt und die großen Zukunftsmöglichkeiten sich entfüllen, die das revolutionäre Russland nach der Uebertwindung aller feindlichen Kräfte in sich birgt, desto mehr tritt die Verderblichkeit der deutschen Politik zutage, die Sowjetrussland gegenüber betrieben wird. Wegen dieser Politik hegt das deutsche Proletariat das stärkste Mißtrauen, das sich von Tag zu Tag steigert. Es verlangt gründliche Abkehr von den bisherigen Wegen dieser Politik. Es verlangt schleunige und vollständige Aufnahme der diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu Sowjetrussland. Es verlangt die sofortige Einleitung von Verhandlungen, die den Zusammenschluß der wirtschaftlichen Interessen des deutschen und des russischen Proletariats, die gegenseitige Ergänzung des deutschen und russischen Wirtschaftslebens sichern könnten.

Deutschnationale Enttäuschung.

Mit Ausnahme der „Zagl. Rundschau“, die mild zur Bekonnenheit rät, fahren die alldeutschen Organe fort, über die neue Note der Entente wieder angetan zu sein. Von einem Entgegenkommen kann keine Rede sein, im Gegenteil: die Forderung der Abkehrung der Schuldigen durch das Reichsgericht sei womöglich noch entwürdigender als das Verlangen der Auslieferung.

Schmerz erfüllt den „Berl. Lokalan.“ an die Möglichkeit der Eröffnung eines Verfahrens gegen Hindenburg und Ludendorff:

„Schon der Gedanke, daß ein deutsches Gericht zu prüfen haben wird, ob nicht ein Strafverfahren gegen einen Hindenburg, einen Ludendorff, einen Mollath, einen Bülow stattfinden soll, läßt einem die Schamröte ins Gesicht steigen.“

Wahlgang und flut das Blatt hinzu, man müsse sich mit dieser Schmach schon abfinden, da die deutsche Regierung den jetzt von der Entente beschrittenen Ausweg selbst in Vorkäufen gebracht habe.

Graf Reventlow, der auch kein Vertrauen mehr zur Energie der Regierung besitzt, ruft die deutschen Richter zum Protest auf:

Man würde sich wundern müssen, wenn nicht der deutsche Richterstand öffentlich und mit allen Mitteln gegen die empfindende Zustimmung dagegen protestiert, daß die Entente unter förmlicher Zustimmung der Regierung ihn als unzuverlässig, als moralisch minderwertig unter ausländische feindliche Juristen stellen will und die deutsche Zustimmung dazu verlangt.

„Mit allem Mitleid“ — das heißt doch wohl unter Umständen auch durch Arbeitsniederlegung, aber was kann, wenn nicht die Justiz für einen lebenswichtigen Verstoß erklärt?

Was ein derartiges Experiment will sich der „Reichshof“ nicht einlassen, er appelliert lieber noch einmal an das deutsche Volk. Jedenfalls müsse alles, was noch Ehre habe im deutschen Volke aufstehen gegen diese uns erneut zuzugewandte Schmach. Es dürfe keine Rede davon sein, daß das deutsche Volk hier übermächtig betrogen werde wie bei der Unterzeichnung des Schmachfriedens. Die halbamtliche Presse, die den Wünschen der Entente nachzukommen will, verleiht der „Reichshof“ mit erheblichen Händen und aus dem Zusammenhang ist unsäuer zu schließen, daß er die Regierung selbst in diesen jämmerlichen Verleichen einbezieht.

Alles in allem: die Nationalisten erbringen den Beweis, daß ihnen die Entente im Spiel gründlich verdorren hat. Sie haben alle Ausreden und Ausflüchte verloren und sind genötigt, ihrer Abneigung gegen jede Verfolgung der Schuldigen offenen Ausdruck zu geben.

Die englische Auffassung nach Deutschland betrug im vergangenen Jahre 14.150.000 Pfund Sterling, die deutsche Kaufkraft nach England ein Milliarde Pfund Sterling.

Zur Nachahmung empfohlen.

Vor einigen Tagen hatte die bürgerliche Presse wieder vor Empörung über das Verhalten der Arbeiter der Ankerbrotwerke in Wien, die durch Arbeitseinstellung ein Drittel der Wiener Bevölkerung um ihre tägliche Brotkruste brachten. Und noch größere Entrüstung machte sich breit, als man den Streikgrund und -führer. Wegen eines Arbeiters, der sich weigerte, seine Pflichten der gewerkschaftlichen Organisation gegenüber zu erfüllen, teaten 1800 Arbeiter in den Streik und gefährdeten so die schon ohnehin schlimme Ernährungsfrage eines Drittels der Wiener Bevölkerung. Fürwahr, krasser kann der „sozialdemokratische Terrorismus“ nicht in Erscheinung treten.

Wir haben diese tendenziös aufgemachten Meldungen zurückgestellt, da unser Wiener Parteiblatt, von dem wir eine objektive Darstellung des Vorfalles erwarteten, noch nicht eingetroffen war. Inzwischen nahm die „Wiener Arbeiter-Zeitung“ ausführlich Stellung zu dem Streikfall. Danach hat der Arbeiter Bauer sich nicht nur geweigert, seine gewerkschaftlichen Verpflichtungen zu erfüllen, sondern auch fortgesetzt die Organisation unsächtig beschimpft. Die Arbeiter erklärten dabei, nicht mit ihm zusammenarbeiten zu wollen, und verlangten Bauers Entlassung. Seit sechs Wochen verhandelte sie deshalb mit Herrn Mendl, dem Besitzer der Ankerbrotwerke. Der lehnte jedes Entgegenkommen ab und provozierte so 1800 Arbeiter wegen eines einzigen. Herr Mendl lehnte also durch seinen Herrenstandpunkt, mit dem er 1800 Arbeiter gegen ihren Willen zwingen wollte, mit einem Parasiten zu arbeiten, der die Solidarität der Arbeiterschaft brach und sich nicht in die Arbeitsgemeinschaft fügte, die Brotverforgung von 700.000 Menschen aufs Spiel. Mit Recht sagt die „Wiener Arbeiter-Zeitung“:

Dabei hat die Unternehmerpresse auch noch die Unpersönlichkeit, den Unternehmerterrorismus in eine Verteidigung der „Arbeitsfreiheit“ umzuwälzen. Diese „Freiheit des Arbeiters“, wie sie die Unternehmerpresse darstellt, besteht nämlich darin, daß die Willensfreiheit von achtzehnhundert Arbeitern durch den Unternehmerterrorismus gebrochen werden soll, um einem einzigen Arbeiter die „Freiheit“ zu geben, seine Klasse zu verraten und die Solidarität der Arbeiter des Betriebes zu brechen. Dem unmoralischen „Rechte“ des einzelnen Arbeiters, ein Schmaropchertum zu führen, steht aber das wirkliche und moralische Recht der achtzehnhundert anderen Arbeiter gegenüber, nach freiem Willen zu entscheiden, mit wem sie eine Arbeitsgemeinschaft eingehen wollen oder nicht.

Aber die Sache hatte dadurch, daß 700.000 Menschen in Mitleidenschaft gezogen wurden, eine zu allgemeine Bedeutung und konnte der Entscheidung des Herrn Mendl nicht überlassen bleiben. Dem war es lediglich darum zu tun, einen „krassen Terrorismusfall“ zu provozieren, damit der ganze Chor der Bourgeoisie gegen die sozialdemokratischen Gewerkschaften wettern könne. Deshalb griff die Regierung ein mit folgendem Ulaß:

Nach der kaiserlichen Verordnung vom 21. März 1917, Reichsgesetzblatt Nr. 131, hat der Staatssekretär für Volksernährung das Recht, zur Sicherung der Bevölkerung mit Bedarfsgegenständen Erzeuger solcher Gegenstände zur Fortführung der Erzeugung zu verpflichten, ihnen Vorschriften hinsichtlich des Betriebes zu erteilen und im Falle der Weigerung, die Erzeugung fortzuführen, oder wenn ein Auftrag nicht erfüllt wird, die zur zeitweiligen Ueberlassung des Betriebes an den Staat zu verhalten.

Die Regierung macht von diesem Rechte Gebrauch. Sie hat der Firma Mendl die Vorschrift erteilt, den Arbeiter Bauer, durch dessen Verhalten der Zustand in der Ankerbrotfabrik hervorgerufen wurde, zu beurlauben und den Streikfall der Entscheidung des Einigungsamtes zu überlassen.

Sollte die Firma dieser Vorschrift der Regierung bis heute (Mittwoch) 12 Uhr mittags nicht nachkommen, dann wird der Staat den Betrieb übernehmen und selbst weiterführen. Wir fordern daher die Arbeiterschaft der Ankerbrotfabrik auf, sich zur Wiederaufnahme der Arbeit bereitzuhalten, damit die Arbeit im Interesse der Brotverforgung der Bevölkerung spätestens heute mittag wieder aufgenommen werden könne.

Wir sind überzeugt, daß die Arbeiterschaft, da die Entlassung des Solidaritätsbrechers aus der Fabrik in jedem Falle geschehen wird, alle Kräfte anspannen wird, um die Brotverforgung der Bevölkerung sicherzustellen.

Dieser energische Schritt der Regierung hat Herrn Mendl sichtlich gemacht. Er kam dem Verlangen der Regierung nach, der Streikfriede wurde entlassen und die Arbeit sofort wieder aufgenommen.

Warum wir diesen Fall so ausführlich wiedergeben? Weil er uns eindringlich und lehrreich genug erscheint, die Lösung dieses Konfliktes durch die österreichische Regierung zu vergleichen mit den Methoden, die die deutsche Regierung bei ähnlichen Streitfällen anwendet. Verlegen wir den Streikfall nach Berlin, so hätte er sich ungefähr so entwickelt: Die Ankerbrotfabrik wäre sofort von der Reichswehr besetzt, die Obleute der Organisation wegen Störung eines lebenswichtigen Betriebes wären verhaftet worden, die „Technische Rottweil“ wäre in Funktion getreten. Statt der einzig richtigen Haltung, die die österreichische Regierung eingenommen hat, indem sie das alleinige Verfügungsrecht über den Willen der Arbeiter dem Herrn Mendl ganz einfach entzog, stürzt man bei uns unter dem Vorwand des Volkswohls einseitig das Unternehmertum und trifft die Arbeiterschaft mit aller Schärfe. Und dann wundern man sich trotzdem, wenn in der Klassenbewußten Arbeiterschaft die demokratische Republik so wenig Gegenliebe findet. Soziale und politische Demokratie will nicht nur plattiert, sondern auch erfüllt werden.

Kampf gegen den Fischwucher.

Die Travemünder Fischer, die nach Schätzungen sachverständiger Kreise in den letzten vier Wochen etwa 7-8 Millionen Mark Bruttoertrag einbrachten, sind durch das einmütige Vorgehen der Arbeiter und Beamten der Lübeck-Büchener Eisenbahngesellschaft wenigstens für einen Augenblick zur Räson gebracht worden. Sie verlangten für grüne Heringe, die vor dem Kriege um diese Jahreszeit im Kleinhandel für 10 Pf. das Pfund zu haben waren, 50-55 Pf. Die Beamten und Arbeiter der Eisenbahngesellschaft stellten den Travemünder Fischern ein Ultimatum. Wenn sie nicht für 80 Pf. verkaufen, würden die Fische nicht mit der Bahn abtransportiert. Die Fischer ließen das Ultimatum unbeantwortet. Als dann aber der Transport unterblieb, gaben sie kein bei. Nunmehr wurde vom Landesverwaltungsamt der Höchstpreis für Fische auf 80 Pf. und der Höchstpreis für Produkte der Fischereiwirtschaft auf 200 Pf. das Pfund festgesetzt. Die Lübecker Staatsanwaltschaft hat Ueberdies gegen sämtliche Mitglieder der Genossenschaft der Trave-

münder Fischer Strafverfahren wegen Preisverhörs eingeleitet. Auch gegen die Geschäftsleitungen der Travemünder Fischergesellschaften soll strafrechtlich vorgegangen werden.

Das Treiben der Travemünder Fischer wird nach durch die Tatsache in ein besonders grelles Licht gestellt, daß die Fänge gerade in diesem Jahre außerordentlich groß waren. Noch niemals, so wird berichtet, seien hier derartige Mengen von Heringen in Reich gegangen. Im vorigen Jahre wurden grüne Heringe mit 40 Pf. das Pfund verkauft, in diesem Jahre genügen der Travemünder Fischer 2 Pf. mehr noch nicht.

Marloh beim Regiment.

Im „Berliner Tageblatt“ lesen wir: Wie wir von zuständiger Stelle erfahren, wurde Oberleutnant Marloh für die gerichtliche Untersuchung der Reichswehrbrigade 8 überwiesen. Die Brigade gliederte ihn dem Reichswehregiment 6 an. Diese Zuteilung dauert noch an. Ob Oberleutnant Marloh regelmäßig Dienst tut, konnte nicht ermittelt werden; es erscheint jedoch wahrscheinlich, daß er beim Regiment beschäftigt wird.

Der Inhalt dieser Notiz ist nicht recht verständlich. Vielleicht erfahren wir aber wenigstens, womit Herr Marloh „beim Regiment“ beschäftigt wird.

Geldverkleinerung.

Das Reich sucht unter einer erdrückenden Schuldenlast, ein Steuerquellen werden aufgezogen und belasten die durch die steigende Teuerung schon geschädigte Masse des arbeitenden Volkes. Trotzdem wird an manchen Stellen das Geld mit woken Händen ausgegeben. So wird in einer kleinen Anfrage in der Nationalversammlung folgendes berichtet:

Am Freitag, den 23. Januar, sind etwa 250 Personen vom Heimatdienst in Berlin telegraphisch zu einer Versammlung nach Hamm eingeladen worden. In dem Telegramm ist gleichzeitig angefordert worden, daß alle Kosten für Verpflegung, Unterkunft, Fahrt z. B. Klasse, Vertretungsgebühren usw. zu decken werden sollten. Aus einem Quittungsformular ergibt sich, daß die Kosten die Kasse der Reichszentrale für Heimatdienst zu tragen hat. Die Kosten werden für die ca. 200 Erschienenen schätzungsweise etwa 20.000 Mark betragen. In der Versammlung wurde ein Antrag über die Verfügblichkeit der Reichspolizei des heutigen Reichsfinanzministeriums gehalten. Der Redner aus Berlin sprach sich für und erklärte, im Auftrag des Reichsfinanzministeriums zu sprechen, ist anzunehmen, daß derartige Aufforderungen vorzuziehen sind an vielen deutschen Plätzen gehalten werden.

Treffen die tatsächlichen Angaben der kleinen Anfrage so haben wir es hier mit einer Verkleinerung öffentlicher Mittel zu tun, die durch keine Staatsbestimmungen gedeckt sind. Die Regierung sollte es genügen, ihre Politik und ihre geschäftlichen Maßnahmen in der Nationalversammlung und den übrigen öffentlichen Körperschaften zu verteidigen. Es ist überhaupt höchst bedauerlich, daß mit der Zentrale für Heimatdienst und all den anderen der Kriegsgesellschaften, die heute immer noch am Staatshaushalt schmorgeln, endgültig aufgeräumt wird.

Was die Reedereien verdienen.

Trotz der Klagen der Aktionäre der deutschen Reedereien über Verschönerung durch die Schiffablieferung an die Entente verdienen sie noch recht gut, wie der jetzt veröffentlichte Abschluß der „Cyan“ Dampfer-A.G. in Altona beweist. Es betrug dieses Jahr 637.882 Mark Betriebsergebnis gegen 304.931 Mark im Vorjahr, nachdem erhebliche Abschreibungen vorgenommen sind, und zwar: 765.000 Mark gegen 75.000 Mark im Vorjahr. Noch günstiger ist der Abschluß der Nieder-Sachsen-Werke. Sie erzielten im Jahre 1919 einen Reingewinn von 2.070.876 Mark gegen 618.064 Mark im Vorjahr. Es werden 10 Prozent Dividende verteilt gegen 5 Prozent im Vorjahr. Nach dem Bericht wurden bei Beendigung des Krieges sämtliche Reparaturen der Marine aufgehoben. Durch Staatsbeschlüsse im Bau befindliche Handelschiffe, durch staatliche Aufträge Wiederherstellung von Schiffen und durch Aufnahme der Verbesserung von Lokomotiven und Eisenbahnwagen wurden die Schwerlasten der Ueberlastung auf die Friedensarbeit einigmaßen gehoben. Den Schiffwerften geht es also finanziell sehr gut. Ein Anlaß für Staatssubventionen liegt also nicht vor. Es muß vielmehr energisch dagegen protestiert werden, daß der Wiederaufbau der deutschen Handelsflotte mit Zuschüssen des Reichsmittels von Privaten vorgenommen wird. Das Reich muß nicht neu zu bauenden Schiffe in eigener Regie herstellen und die Verwaltung der fertigen Schiffe in eigener Regie behalten. Es war die Gelegenheit zur Verstaatlichung eines großen Gewerbes zweifellos günstiger als jetzt.

Nur fleißige und ordnungsliebende Leute.

Aus Eibing wird gemeldet: Nachdem Oberpräsident Binnig in der Angelegenheit der Stilllegung der Schichtwerke vermittelnd eingegriffen hat, sind die Schichtarbeiter nunmehr soweit zufrieden, daß die Wiederaufnahme der Arbeit diese Woche erfolgen kann. Wie die Firma Schichtarbeiter erklärt, werden nur fleißige und ordnungsliebende Arbeiter, die auch zur Uebernahme von Hilfsarbeit bereit sind, eingestellt.

Ueber die Auslieferungsfraße in ihrer gegenwärtigen Gestalt wird in einer Versammlung des Bundes Neues Vaterland Hellum von Weichach Freitag, 18. Ubr, in der Halle der Friedrich-Schule, Anseebichstraße 24 (Saugplatz) gesprochen. Hierbei wird eine Erklärung des bekannten Hauptmanns von Weichach verlesen werden, der ebenfalls am 17. Ubr der französischen Liste wegen angeblicher Uebertretung der Militärstrafgesetze von Loon im März 1917 abgerufen worden soll. Korten 11 Mark bei Weichach, 12 Mark bei Weichach, 13 Mark bei Weichach, 14 Mark bei Weichach, 15 Mark bei Weichach, 16 Mark bei Weichach, 17 Mark bei Weichach, 18 Mark bei Weichach, 19 Mark bei Weichach, 20 Mark bei Weichach, 21 Mark bei Weichach, 22 Mark bei Weichach, 23 Mark bei Weichach, 24 Mark bei Weichach, 25 Mark bei Weichach, 26 Mark bei Weichach, 27 Mark bei Weichach, 28 Mark bei Weichach, 29 Mark bei Weichach, 30 Mark bei Weichach, 31 Mark bei Weichach, 32 Mark bei Weichach, 33 Mark bei Weichach, 34 Mark bei Weichach, 35 Mark bei Weichach, 36 Mark bei Weichach, 37 Mark bei Weichach, 38 Mark bei Weichach, 39 Mark bei Weichach, 40 Mark bei Weichach, 41 Mark bei Weichach, 42 Mark bei Weichach, 43 Mark bei Weichach, 44 Mark bei Weichach, 45 Mark bei Weichach, 46 Mark bei Weichach, 47 Mark bei Weichach, 48 Mark bei Weichach, 49 Mark bei Weichach, 50 Mark bei Weichach, 51 Mark bei Weichach, 52 Mark bei Weichach, 53 Mark bei Weichach, 54 Mark bei Weichach, 55 Mark bei Weichach, 56 Mark bei Weichach, 57 Mark bei Weichach, 58 Mark bei Weichach, 59 Mark bei Weichach, 60 Mark bei Weichach, 61 Mark bei Weichach, 62 Mark bei Weichach, 63 Mark bei Weichach, 64 Mark bei Weichach, 65 Mark bei Weichach, 66 Mark bei Weichach, 67 Mark bei Weichach, 68 Mark bei Weichach, 69 Mark bei Weichach, 70 Mark bei Weichach, 71 Mark bei Weichach, 72 Mark bei Weichach, 73 Mark bei Weichach, 74 Mark bei Weichach, 75 Mark bei Weichach, 76 Mark bei Weichach, 77 Mark bei Weichach, 78 Mark bei Weichach, 79 Mark bei Weichach, 80 Mark bei Weichach, 81 Mark bei Weichach, 82 Mark bei Weichach, 83 Mark bei Weichach, 84 Mark bei Weichach, 85 Mark bei Weichach, 86 Mark bei Weichach, 87 Mark bei Weichach, 88 Mark bei Weichach, 89 Mark bei Weichach, 90 Mark bei Weichach, 91 Mark bei Weichach, 92 Mark bei Weichach, 93 Mark bei Weichach, 94 Mark bei Weichach, 95 Mark bei Weichach, 96 Mark bei Weichach, 97 Mark bei Weichach, 98 Mark bei Weichach, 99 Mark bei Weichach, 100 Mark bei Weichach.

Englische Wahlen. Im englischen Wahlkreis Preston und der Gane hat die Arbeiterpartei nicht die Majorität erringen können. Trotzdem bedeutet auch diese Wahl einen Erfolg. Sie brachte eine Wahlführer, die nur um ein geringes hinter den konservativen Kandidaten zurückblieb. Der konservativ-unionistische Kandidat erhielt 8.864, der Arbeiterkandidat 8.127 und der liberale Kandidat 8.311 Stimmen. Bei der Hauptwahl hatte der konservativ-unionistische Kandidat 7.334 Stimmen erhalten. Ein eigentlicher Arbeiterkandidat war nicht aufgestellt worden. Die Arbeiter hatten wohl im allgemeinen für den Vertreter der entlassenen Soldaten gestimmt. Bei den letzten vier englischen Wahlen ist die Zahl der Arbeiterparteiwähler von 58.081 auf 108.212 gestiegen. — Ueber das Ergebnis der Wahl im Kreis Paisley ist noch nichts bekannt.

Der neue französische Präsident Paul Deschanel ist Mittwoch nachmittag feierlich in sein Amt eingeweiht worden.

Erhöhung auch der französischen Paktariffe. Der französische Senat hat am Sonntag die Erhöhung der Eisenbahntariffe angenommen. Die Erhöhungen können erreichen für Reisen in 2. Klasse 45 Prozent, in der zweiten Klasse 50 Prozent und in der ersten Klasse 55 Prozent. Bei den Eisenbahntarifen ist eine Erhöhung um 116 Prozent geplant.

Der Kampf gegen den Umsturz.

Bismarck hat einmal weidlich darüber gespottet, wie gewisse Leute für alles Unheil, das sich in der Welt ereignet, Napoleon III. verantwortlich machen. Sogar wenn in Afrika ein Erdbeben ausbräche, sei das auf irgendwelche dumme Nachschichten des kleinen Bonaparte zurückzuführen. Die Rolle dieses gefährlichen Menschen haben neuerdings die Bolschewiki und die Deutschen Unabhängigen ibernommen. An allem Unglück tragen sie die Schuld, und iber ihr Haupt kommt alles Leid, das die Menschheit zu erdulden hat.

Eben hat Herr Noske in Bremen auseinandergesetzt, das den Unabhängigen das verhangnisvolle Witten der Grippe zuzuschreiben ist. Diese Krankheit finde nur deshalb einen so gunstigen Boden, weil es an Rohlen zur Beheizung der Wohnungen mangle, und wenn es an Rohlen fehle, so liege das wenigstens zum Teil an der Verhinderung durch linksradikale Elemente, die die Bergarbeiter zu einer Einschränkung der Forderung veranlaBt haben. Die Durchfuhrung der Bestrebungen der U.S.P.-Presse hatte in Deutschland Hunderttausenden von Menschen das Leben gekostet.

Auch der Reichswehrminister hatte sich wohl die Frage vorlegen durfen, woher es denn gekommen ist, das auch in den Kriegsjahren die Grippe so zahlreiche Opfer gefordert hat. Damals gab es keine Streiks im Ruhrgebiet, und es gab auch keine U.S.P.-Presse, die zu ihnen hatte aufstodern konnen. Damals war Heizungsmaterial vorhanden, und Leute, die den Dingen etwas tiefer auf den Grund gingen und ehrlicher waren als Herr Noske, fuhren das Massensterben in erster Linie auf die Unterernahrung zuruck. Diese Ursache besteht heute in wahrhaftig nicht vermindertem Umfang fort. Aber da fur die Rohlungsmittel der revolutionaren Arbeiter beim besten Willen nicht verantwortlich zu machen sind, muB die Rohlennot beibehalten, bei der sich den hitzigen boien Willen vorausgesetzt, ein Zusammenhang mit der unabhängigen Agitation konstruieren laBt.

In diesem Zusammenhang des nahern auf die Rohlen- und Bergarbeiterfrage einzugehen und erneut darzulegen, das der Ausgang der Produktion auf ganz andere Grunde zuruckzufuhren ist, als auf die durch unsere heperische Tätigkeit hervorgerufene Arbeitsmangel der Massen, verlohnt sich nicht. Herr Noske wurden wir doch nicht belehren, da niemand so blind ist als der, der nicht sehen will, und sein letztes Wort wurde ja doch bleiben, das wir es seien, die das Volk nicht nur seelisch, sondern auch korperlich zum Ruin fuhren.

Die unabhängigen und bolschewistischen Giftkeime aufzudecken und zu zerstoren, betrachtet die gegenwärtige Regierung als ihre wesentlichste, wenn nicht als ihre Hauptaufgabe. Und fur jede MaBregel, die sie ergreift, bemuht sie sich, eine Rechtfertigung in der Notwendigkeit des Kampfes wider den Umsturz zu finden. Wenn a. B. Herr Eugen Ernst das Berliner Schwenkiererei politisch fuhren laBt und von dem Ministerium des Innern ein energisches Einschreiten gegen die dunklen Elemente fordert, die dort als Schieber ihr Wesen treiben, so bezieht er sich, zu verhindern, das diese unerfreuliche Gesellschaft nicht nur in kriminalischer, sondern auch in politischer Beziehung uberaus gefahrlich sei, weil sie aus ihrer politisch-russischen Vehnnat bolschewistische Ideen hier einfuhrt und weiterverbreitet. Auf diese Weise schlagt der Polizeipräsident gleich zwei Fliegen mit einer Klappe. Da es sich bei den zweifelhaften Exzentriern im Schwenkierereiertel hauptsachlich um Juden handelt, bricht er einer Opposition aus jiddischen Kreisen die Spitze ab, indem er die politische Bedenklichkeit dieser Leute betont, und gleichzeitig bringt er den Bolschewismus mit dem Verbrechertum auf eine Linie und macht so allen Gutgesinnten klar, was es mit den Parteien in Deutschland auf sich hat, die mit der russischen Revolution und der Sowjetregierung sympathisieren.

Jetzt sollen jene Auslander, die auf der Strecke einen krummgebogenen Handel mit kaummoellen Goldbinden und Goldstuden treiben, sogar in Internierungslager gesteckt werden, weil sie die Wohnungsnot vermindern, weil sie ihrem Schmutz eine Gefahrdung der offentlichen Gesundheit darstellen, und weil sie Schiebergeschafte machen. So sehr ist die Regierung um das korperliche Wohl und die Moral des Volkes besorgt, und wahrscheinlich wird sie es als eine hoBwillige Verleumdung ihrer guten Absichten bezeichnen, wenn wir uns die Frage erlauben, warum denn gegen die Bewohner des neuen Ghettos im Schwenkierereiertel vorgegangen wird. In Berlin leben zur Zeit eine groBe Menge von Auslandern — die Angaben schwanken zwischen 40 000 und 100 000. Sie alle nehmen den Deutschen die Wohnungen weg. Aber die Regierung ist weit von der Absicht entfernt, auch die besserstuierten Fremden in ein Internierungslager zu zwingen. Die zahlungsfaehigen Auslander, die nicht in einer Schmuckfabrik und verdienstvollen Gahle zu hausen brauchen, sondern sich eine mit allem Komfort der Neuzeit ausgestattete Wohnung leisten konnen, sind gernegeehrte Gaste, und wenn sich unter ihnen Schieber befinden, so laBt man sie gewahren. Sie treiben ihr Geschafte ja nicht auf der StraBe und werden nicht durch den Detailhandel mit Kohlenlegern und Hydranten und Metallstucken laBt. Vor allem aber sind sie liber den Verstand erhaben, bolschewistische Ideen zu huldigen und sie zu verbreiten. Sie sind gute Burger, die sich wohl huten, in Wort und Tat irgend etwas gegen eine Regierung zu unternehmen, unter deren Schutz sich so behaglich und verstandlich leben laBt.

Die kleinen Schieber hangt man, die grohen laBt man laufen. Der kleine ist politisch bedenklich, der grohe hat sich in das herrschende System eingegliedert, und es ware Torheit, ihn Steine in den Weg zu legen. Unter Umstanden laBt man den Mann, der die Konjunktur des Krieges und das Zusammenbrechen nachher zu benutzen verstand, sogar sehr nuhlich verwendend, da er in der Sorge um die Erhaltung seines neuerschaffenen Reichtums ein natu'rlicher Gegner jeder Revolution ist und seine Fahigkeiten zern den verbleibenden Schwatzhauern zur Verfugung stellt.

Beispiel: Der Geheimen Regierungsrat StrauB, wir hatten uns wohl, ihn einen Schieber zu nennen, denn er wurde das sicher als Beleidigung auffassen. Aber er ist ein Mann, der noch den unvordurchdrungenen geliebten Kuban kennen, die Herr Schifferich in seinem ProzeB gegen StrauB genannt hat, die Zustande auherordentlich plucklich auszunutzen verstanden hat. Er hat sich im Kriegs-

und besonders nach dem Kriege ein noch Hunderten von Millionen zahlendes Verlangen erporben. Gerecht natu'rlich, so ehrlich, wie sich eben in dem gegenwärtigen Stadium der kapitalistischen Wirtschaft von einer gewissen und iber die notigen Verbindungen beruhenden Verschuldung Rechtumet erziehen lassen.

Andererseits wurde man trotz dieser Ehrlichkeit vielleicht an dem uberragenden Tempo des geschäftlichen Aufstiegs in einer Zeit, in der Millionen das Notwendige fehlt, AnstoB nehmen, aber bei uns wurde Herr StrauB Geheimen Regierungsrat und erhalt einen einfluhrreichen Posten in dem Staatskommissariat zur Erhaltung der offentlichen Sicherheit und alle Bedenken, die etwa noch aufstuden konnten, hat sein Ober, der Geheimrat von Berger, mit der Erklarung zerstoert, das Herr StrauB dem Staate bei der Abwehr der linksradikalen Bewegung sehr groBe Dienste geleistet habe.

Das ist sicher richtig, und zum Beweise brauchen wir nur darauf aufmerksam zu machen, das Herr StrauB mit Herrn von Kessel amtlich in der ersten Fuhlung gestanden hat. Zwar hat ihn keine Abrechnung gegen den Linksradikalismus nicht an dem gelegentlichen Ver- und gehindert, auch in unabhängigen Zeitungen Artikel unterzubringen. Aber da ihre Veroffentlichung wohl mehr im Interesse des Teufelhahers der Kolner Wiltentzema als in dem des Staatskommissariats fur die offentliche Ordnung gelegen hatte, kann auch hierdurch ein Preisel an der Unerschrockenheit seiner antirevolutionaren Gesinnung nicht erweist werden. Und darauf kommt es ja in der von Sozialisten und Demokraten regierten deutschen Republik in erster Linie an. Der Mann von Menschen und Handlungen wird einzig und allein daran gemessen, ob sie im Dienst des geist- und wehrlosen Kampfes wider den Umsturz stehen. Freige in diesem Boden und tun mit von deinem Gult wider die Revolution, so wird dir alles andere verziehen! Befolgst du dieses Rezept nicht, und bist du auBerdem noch gar ein armer Schlander, so steht du im Verdacht bolschewistischer Ideen, traBt die Mitverantwortung am deutschen Unglück, und jedes Mittel ist recht zu deiner Bekampfung und Vernichtung.

Sturm auf gegen die Elternbeiräte.

Nach zehnjähriger Pause nahm die verfassunggebende Preussische Landesversammlung ihre Beratungen wieder auf. Zunaehst wurde der Bescheidurteil iber gewisse Vorrechte in einheimischen Kreisen dem GemeindefusschuB ubermittelt. Gemalte Bescheidurteil wandte sich insbesondere dagegen, das sogenannte hochverehrliche Vorrechte auf Jahre konfirmiert werden.

Hierauf wandte sich die Debatte der Elternbeiräte an. Der immer offensichtlicher zu Tage tretende Widerspruch von den Demokraten angefangen, hatte bedauert, die Massen aufzukleben und die erlangten Bestimmungen dem verharteten UnterrichtsausschuB zu ubermitteln. Er dreier schon haufige Proben des in ihm vorherrschenden erregationaren Geistes abgelegt hat, wurde ein solcher Bescheidurteil ein lang- und stielloses Begrabnis der Institution der Elternbeiräte gleichkommen.

Ministerialdirektor Schulte gab die den als Versuch geordneten Verhandlungen anstehenden Wandel zu. Da aber, der Regierung Zeit zu lassen, um Erfahrungen zu sammeln. Wo es wuenschenwert erschaene, sollen die Wahlen nicht stattfinden! (Wer entscheidet denn daruber?)

Der Zentrumsmann Ding lieh dagegen kein gutes Haar an den ganzen Einrichtungen. Er bemerkt damit aber auch, wie sehr er und seine Leute unter Einfluss stehen.

Die Demokraten erklären, ihre Bedenken seien durch die Regierungserklarung beseitigt, und sie wurden nunmehr gegen den von ihnen mitunterzeichneten Verschleppungsantrag stimmen.

Die Beiraterberatung ist dann auf heute mittag 12 Uhr verlag worden.

Der ausgebeutete Burger.

Es wird beachtet, neben den zahlreichen anderen Steuerarten auch eine Reichsteuer zu erheben, deren Ertrag bei der Errichtung von neuen Wohnhausern Verwendung finden soll. Wie sehr mitgeteilt wird, soll diese Steuer geschaffen werden; als Grundlage will man die Wohnungsmiete von 1914 nehmen. Mit kleinen Aufschlagen beginnend, soll die Steuer bis etwa 40 Prozent aufsteigen. Der Sozial-Anzeiger behauptet nun, das das eine ganz auBerordentliche Begunstigung des Arbeiters gegenuber den Burger darstelle, die bei den heutigen Einkommensverhaeltnissen keineswegs mehr berechtigt sei. Das sei wohl der Grund der MaBnahme, und dann behauptet das Blatt, das der Burger uberdies nur noch ein Steuerabwendungsobjekt darstelle.

Da die Arbeiter bisher nicht wussten, wie gut es ihnen geht, so erfahren sie es wenigstens bei solcher Gelegenheit. Eine Frage sei aber gestattet: Weshalb lauchen dann diese armen Burger nicht mit den so bevorzugten Arbeitern?

Neue Verhaftungen.

Am 14. Februar wurde in Reich der Stadtverordneten-Vorstand, Genosse Louis Drechsler, verhaftet, nachdem gegen ihn einen Tag zuvor ein Strafbefehl in den burgerlichen Ortsgerichten erlassen worden war. Drechslers Festnahme und Ueberfuhrung in das Kautschuker Gefangnis erfolgte im Verlaufe einer Anklage wegen Freiheitsberaubung. Im Marz vergangenen Jahres während des Bergarbeiterstreiks in Mitteldeutschland kam es infolge eines Gegenstreiks des Bergarbeiters zu Strafanhaufen, bei denen ein Reichwehrrauptmann von der erragten Menge arg bedrängt wurde. Um ihn der Mithandlungen zu schutzen, lieh ihn Genosse Drechsler, der Vorsitzender des Reichs Arbeiter- und Soldatenrats war, durch Anfuhrung von dessen Schuttschwadronen verhaften und in Gewahrsam bringen, aus dem er am nachsten Tage nach Leipzig entlassen wurde. Dieser Vorbehalt genigte zur Konstruktion der Anklage wegen Freiheitsberaubung und, weil Drechsler in seiner Eigenschaft als Stadtverordneter-Vorsteher eine weitlaufige Dienstreise nach Merseburg unternommen hatte, zum Erlass des Strafbefehles gegen ihn. Die durch keinerlei „Fluchtverdacht“ gerechtfertigte Verhaftung unseres Genossen, der den Hauptmann durch sein Eingreifen gefahrlos vor Schuttschwadronen bewahrte, hat selbst bis in die StraBe des Reichs Bergarbeiters Empoerung ausgelost. Auch der Fuhrer der Schuttschwadronen, der Kommunist Schippa, wurde aus den gleichen Grunden wie Drechsler inhaftiert.

Schubmann verhaftet. Herr Philipp Schubmann schenkt durch die offentliche Kritik, die der Reichsbeirater Reichssozialistischen Freunde am Kaiserlichen Reichstag wegen Verschaffung von Rohlen und kunstlichen Schuttschwadronen hervorgerufen hat, doch zu der Auffassung gekommen zu sein, das er hier der offentlichen

Kritik weichen muBte. Er hat im Kaiserlichen Stadtverordneten-Landesrat erklärt, auf die Rohlen zu verzichten. Sie seien ihm zu teuer. Ein burgerlicher Stadtverordneter hatte in einer maulwudigen „Kleinen Anfrage“ zu wissen gewinscht, in welcher Beziehung der Reichstag zu dem Rohlenkauf fur den Oberburgermeister Schiedemann aus den dortigen Schuttschwadronen liege. Ja zur Antwort, lautete die Antwort. Also war es eine Preisleistung der rechtssozialistischen Fluchtredner.

Weiterfuhrung der Bagdabahn. Nach einer Times-Meldung erhalt das britische Sanitat die Erlaubnis zum Bau und zur Ueberwachung der Bagdabahn von Bagdad bis zur persischen Grenze nach Teheran mit einer eventuellen Verlangerung nach Engal am Kaspiischen Meer und Meshed in Persien. Die Regierung beschloB den Plan der Erweiterung des Bahnnetzes von Bagdad nach Damaskus und anschlieBend nach Hamadan in Mesopotamien zu nehmen.

Der Vorsitzende der Wiederherstellungskommission Jannart, ist abgetreten. Als Nachfolger wird Vaincoza genannt.

Betriebsräte.

Der Wahlkampf.

Die Bezirksorganisation unserer Partei wird in Gemeinschaft mit der Betriebsräte-Zentrale GroB-Berlin die Arbeiterchaft in den Betrieben auffordern, besondere Listen zur Wahl revolutionar-sozialistischer Betriebsräte aufzustellen. Die U.S.P.-Fraktion der Berliner Gewerkschaftskommission hat beschlossen, sich dieser Wahlbewegung anzuschlieBen und die Listen zu unterstutzen.

Die Kandidaten dieser Liste der Einheitsfront des revolutionaren sozialistischen Proletariats werden sich zum Klassenkampf bekennen und sich verpflichten mussen, die Arbeitsgemeinschaften zu bekampfen, die Entwicklung der Gewerkschaften zu Industriearbeiterorganisationen, die alle Hand- und Kopfarbeiter umfassen, zu fordern. Sie werden sich weiter zu der Auffassung bekennen, das der Arbeiterbewegung die Aufgabe zufallt, die Ueberleitung der kapitalistischen Wirtschaftsweise in die sozialistische vorzubereiten und zu fordern durch das Eintreten fur eine planmaBige Regelung der Produktion nach gemeinschaftlichen Gesichtspunkten.

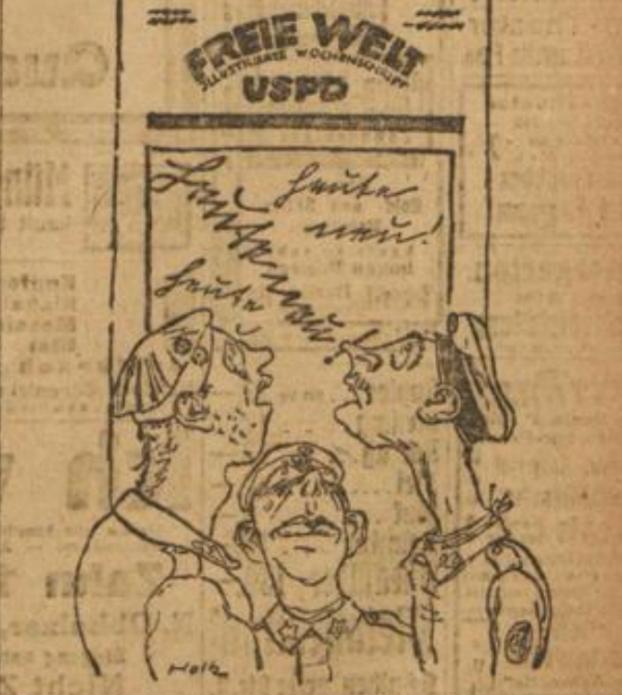
Ein Flugblatt.

Die Rechtssozialisten sind mit einem Flugblatt zur Betriebsratewahl auf den Plan getreten, das die Methoden des Wahlkampfes, die diese Leute zu pflegen wuenschen von vornherein kennzeichnen voraussetzt, das sie um den Kampf gegen eine Liste revolutionarer sozialistischer Betriebsräte nicht herumkommen, haben die Rechtssozialisten, noch ehe der oben nichterwahnte BeschloB gefaBt und bekannt geworden war, in jenem Flugblatt ihren ersten Angriff gegen eine solche Liste gefaBt. Da ist die Rede von „Verbrechen der Kapitalisten“, die sich einbilden, durch rote Gewalt und brutale Unterdruckung den Gang der omonischen Entwicklung kommandieren zu konnen“, die aber im Wirklichkeit nichts als beschränkte, aufgeblasene, wirtschaftspolitische Diktanden sind“. Das ist der Ton, der die Verlegenheit kennzeichnet. Durch welches Gepolter muBte man die Arbeiterchaft uber das Streben zum Kompromiss mit dem Unternehmertum, das die Politik dieser wirtschaftspolitischen „Kunstler“ aufzulaBt, hinwegtauschen. Man weiB zu gut, das man mit dem lauten Aussprechen der eigenen Ziele keinen Hund vom warmen Ofen lockt.

Aber noch anderer Mittel bedient man sich zur Tauschung der unworbenen Arbeiterchaft. Jetzt gelte es, heiBt es in dem Flugblatt, Betriebsräte wählen, die im vollkommensten Sinne des Wortes revolutionare Betriebsräte sind“.

Revolutionare sozialistische Betriebsräte, wie wir sie wählen werden, das heiBt Betriebsräte, die sich des Kampfesgegenstandes zwischen Kapital und Arbeit in jedem Augenblick bewuBt sind, die diesen Gegenstand aufheben wollen durch die Erklampfung des Sozialismus. Und dazu werden sie das Gesetz bis zur auBersten Grenze des Moeglichen ausnutzen. Dort aber ist man revolutionar im Sinne mit dem Unternehmertum — in „Arbeitsgemeinschaften“ und Koalitionsgierungen und in tausend parteiliche Schuttschwadronen, die Recht und Leben der Arbeiter verhandeln wie altes Leder.

Aber wir kennen das und waren darauf gefaBt. Wir werden den Wahlkampf mit aller gebotenen grundsatzlichen Ehrlichkeit fuhren, werden aber den vergiftenden Ton, den die andere Seite beabsichtigt, zu vermeiden suchen, wenn es uns nicht unmoeglich gemacht wird. Denn wir werden nicht vergessen, das die Betriebsräte nicht gewählt werden, um in Fraktionen zu zerfallen, die einander bekampfen, sondern um in geschlossener Reihe gegen das Kapital zu stehen.



Verantwortlich fur die Redaktion: Alfred Wietzen, Neuhalla, Verlagsgenossenschaft „Freiheit“, e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Einheitsdruckerei und Verlagsbuchhandlung m. b. H. Schillmannsbaum 14

Generalversammlung des Landarbeiter-Verbandes.

Dritter Verhandlungstag.

Berlin, 18. Februar.

Vor Eintritt in den Schluss der Diskussion über Tarifverträge wendet sich Schmidt gegen die Beschwerden des Freiherrn von Wangenheim auf der Tagung des Bundes der Landwirte. Es gehöre zum Handwerk dieses Herrn öffentlich gegen die Arbeiterführer zu stehen.

Wenn Wangenheim ausgeführt habe, daß durch die verkürzte Arbeitszeit der Landarbeiter die Ernte geschädigt worden sei, so sei festzustellen, daß die Arbeiter auf dem Gute des Freiherrn von Wangenheim sich bereit erklärt hatten, früher anfangen zu arbeiten, um die Kartoffelernte einzubringen. Das sei unmöglich gemacht worden, weil der Inspektor nicht so früh hätte ansetzen können. Eine Verhinderung wäre nicht möglich gewesen, weil von Wangenheim erklärt, daß er die Arbeitszeit auf seinem Gute bestimme. Die Landarbeiter waren durchweg bereit zu arbeiten, die Junker hätten jedoch erklärt, daß die Ernte verkauft werden könne. Der Bund der Landwirte sei eine antisemitische Organisation, mit einer solchen Organisation könne man in Zukunft nicht mehr an einen Verhandlungstisch sitzen. Unmöglich könne man mit solchen Leuten Arbeiterfragen sachlich erörtern. In den Kreisen der sich neubildenden wirtschaftlichen Organisationen der Landwirte würden sich sicherlich genügend verständige Männer finden, mit denen zum Nutzen der beiden Parteien verhandelt werden könne im Interesse der deutschen Volkswirtschaft, um sie auch in Zukunft vor schwersten Erschütterungen zu bewahren.

Nach dieser Erklärung wird die Diskussion über Tarifverträge und Arbeitszeit

in Ruhe geführt. Für die Holtarbeiter treten drei Redner ein. Reinald-Sachsen vertritt den Standpunkt, daß den staatlichen Arbeitern dieselben Verpfähigungen zugesprochen hätten, wie den Staatsbeamten als Teuerungszulage, Wirtschaftswelchäfte usw. Für schwierige Schläge seien besondere Zulagen zu gewähren. Arbeit ist Arbeit. Nicht nur Kautschuk an den Fortiken werde durch sie getrieben, sondern auch Kautschuk an der Gesundheit der Arbeiter. Eine weitere Folge der Arbeit ist kein Massenentlassungen. Dauerlöhne seien drücklich zu regeln. Sei aber Arbeit einmal eingeführt, dann müßten die Sätze bedeutend den Stundenlohn übersteigen. Die Entschädigung für Werkzeuge seien unzureichend. Jede angefangene Stunde, die die Arbeiter auf dem Wege zur Arbeitsstelle zurücklegen, seien voll zu entschädigen. Auch der Staat treibe mit dem Dolaz Bucher. Der Redner fordert die Sozialisierung der Fortiken, Fortikarbeiterorganisationen und mehr — Arbeitervertreter im Reichsfortikarbeitsrat.

Schnell und Schulze vertreten die Interessen der Schweizer. Die Schweizer hätten ihre Forderungen nur mit und durch die Landarbeiter durchsetzen. Ein Kartellverhältnis mit dem Schweizer-Bunde sei abzulehnen. Er sei vor dem Kriege eine gelbe Organisation gewesen und sei auch heute noch nichts anderes.

Frau Raser-Distprehen weist auf die beispiellose Ausbeutung der Landarbeiterfrauen hin. Durch diese Ausbeutung verkomme die Wirtschaft der Arbeiter, die Kinder wachsen auf wie die Reffel an Weide. Es werden dann noch Schulen wegen Mangel an Originalmaterial geschlossen, trotzdem ringum Fortiken stehen. Auch das Gefinde lebe in unerträglichen Verhältnissen.

In seinem Schlussworte wendet sich Dörke-Berlin gegen die Hinderarbeit in den Fortiken. Die Frauenarbeit könne jedoch nicht ganz beseitigt werden. Unter keinen Umständen dürften Frauen beim Holzabtrieb beschäftigt werden. Am meisten werden Fortikarbeiter von den untergeordneten Organen gedrückt und geknebelt.

Nach einem Schlussworte von Dörke-Berlin wurde folgende Entschickung angenommen:

Der Reichsausschuh der deutschen Landwirtschaft beantragt in einer Eingabe an das Reichsarbeitsministerium die Abänderung des § 3 der Landarbeiterordnung.

Das Wort Höchstarbeitszeit soll in Normalarbeitszeit umgewandelt werden. Die bisherige Jahresarbeitszeit soll man von 2000 auf 8075 Arbeitsstunden erhöhen. Eine Abänderung der Normalarbeitszeit ist unzulässig.

Ohne Inanspruchnahme einer Vergütung für die Ueberstunden soll die Dauer der Arbeitszeit für Gefindepersonen vollständig der Willkür der Arbeitgeber überlassen sein.

Die Begründung dieser Forderungen stützt sich auf die Behauptung, daß die bisherigen Arbeitszeiten der Tarife und des V. U. A. im bestmöglichen Widerspruch mit den Betriebsnotwendigkeiten stehen.

Die Bestrebungen der Landarbeiter, die Arbeitszeit noch weiter zu verkürzen, soll im Interesse der Volksernährung durch diese Anträge des Reichsausschusses der Landwirtschaft ein Damm entgegengesetzt werden.

Die Generalversammlung des Deutschen Landarbeiter-Verbandes legt gegen diese Bestrebungen des Reichsausschusses der deutschen Landwirtschaft den schärfsten Protest ein.

Eine Verlängerung der Arbeitszeit in der vorgeschlagenen Form durch Gesetz liegt nicht im Interesse der Landarbeiter, auch ist die Notwendigkeit einer gesetzlichen Verlängerung der Arbeitszeit für die Landarbeiter im Interesse der Volksernährung keineswegs erwiesen.

Die im Deutschen Landarbeiter-Verband organisierten Landarbeiter verurteilen die Schwierigkeiten unseres Wirtschaftslebens keinesfalls und haben durch ihr bisheriges Verhalten bewiesen, daß sie auch in Zukunft bereit sind, die in Betrieben notwendigen Ueberstunden in der Saat- und Erntezeit gegen entsprechende Bezahlung zu leisten, damit eine Sicherstellung der Volksernährung, soweit es in ihrer Macht liegt, herbeigeführt wird.

Bei der Abstimmung über die Anträge zur Frage der Tarifverträge und Arbeitszeit, wurde ein Antrag, der Verringerung der Frauenarbeit in der Landwirtschaft fordert, abgelehnt. Dagegen sollen Kinder unter 14 Jahren von der Landarbeit ferngehalten werden. Ferner wird die Verringerung des Gesängermessens gefordert.

Unter lebhaften Beifall eines Teiles der Delegierten wurde mit 30 gegen 50 Stimmen folgender Antrag abgelehnt: „Anerkennung der Anwendung des Massenstreikes im Befreiungskampfe des Proletariats“.

Von verschiedenen Ortgruppen war die Einführung des 8-Stunden-Tages in der Landwirtschaft gefordert worden. Diese Anträge wurden nach folgender Erklärung des Vorstandes zurückgezogen: „Der Vorstand ist nach wie vor befreit, für die Verkürzung der Arbeitszeit einzutreten, soweit es nur irgend möglich ist.“

Einmütig wurde beschlossen, mit dem Allgemeinen Schweizer-Bund kein Kartellverhältnis einzugehen.

Ueber das Thema:

„Die Neugestaltung des Arbeitsverhältnisses im land- und forstwirtschaftlichen Betrieb“

referierte hierauf

Fach-Berlin: In den ersten Tagen der Revolution waren die Bauern- und Arbeiterräte die Träger der Tarifverträge. Das änderte sich sehr bald, in kurzer Zeit war überall der Verband der Vertragskontrahent der Arbeitnehmer bei Tarifabschlüssen. Die Frage der Kündigung von Landarbeitern muß anders behandelt werden als beim Industriearbeiter, denn beim Landarbeiter ist Kündigung unter Umständen gleichbedeutend mit Vernichtung der Existenz. Während in der Industrie die Einrichtung von Arbeiterausschüssen durchgeführt worden ist, sind die Vorschriften für die Landarbeiter in dieser Beziehung größtenteils auf dem Papier stehen geblieben. Die Unternehmer haben diesen Ausschüssen keine Sympathien entgegengebracht und viele Arbeiter haben ihre Wichtigkeit nicht erkannt.

Nun ist das vielumstrittene, sogar mit Blut getränkte Verlehrsbratengesetz in Kraft getreten. Wenn von dieser Nationalversammlung und der Regierung ein anderes Gesetz verlangt wird, dann hätte dafür gefordert werden müssen, daß die Nationalversammlung eine andere Zusammensetzung erfahren hätte. Es sei bedauerlich, daß der politische Umschwung von 1918 kein einiges Proletariat vorgefunden habe.

Der Redner geht dann ausführlich auf das Betriebsratsgesetz ein und erläutert es.

Die Gleichberechtigung sei den Landarbeitern nicht zugestanden worden. Diese Gleichberechtigung werde erreicht durch eine Reform der Landwirtschaftskammern. Auf Gleichberechtigung in all diesen Körperschaften müsse bestanden werden. Die Mitglieder seien bereit zu erziehen, daß sie imstande sind, nicht nur einen sozialistischen Betrieb zu leiten, sondern auch in einem solchen Betriebe zu arbeiten.

Die Förderung der landwirtschaftlichen Produktion ist ein Lebensinteresse des deutschen Volk's. Die

Debung der Produktion ist aber nur möglich, wenn die gleichberechtigte Mitwirkung der Angestellten und Arbeiter im Produktionsprozeß gewährleistet wird. Die Agrarwirtschaft darf in Zukunft nicht mehr der Willkür der Junker überlassen sein. Es kann nicht geduldet werden, daß das Monopol der Landwirtschaft den Landwirten gestattet, dem deutschen Volke mit der Hungerperle zu drohen. Die Lebensmittelproduktion muß in der für sie geeigneten freien Gemeinwirtschaft werden. Schärfter Kampf sei den Bestrebungen anzujagen, die darauf abzielen, die gesetzlichen und erlassenen Rechte der Arbeiterschaft zu schmälern. Alle Mittel der Organisation müssen in Anwendung gebracht werden, um der Landarbeiterschaft zu ermöglichen, einen maßgebenden Einfluß auf die landwirtschaftliche Produktion zu gewinnen, um eine Katastrophe abzuwenden. Die Schulung der Mitglieder ist die vornehmste Aufgabe des Verbandes. Mit dem besten Geise ist nichts zu erreichen, wenn die Arbeiter nicht über eine materielle Organisation verfügen.

Die vollständig bankrotte deutsche Wirtschaft sei jedoch kein Experimentier-Objekt, so sagte auch Hildebrand in Nürnberg. Nur durch Arbeit kann das deutsche Volk gefunden, doch dürfen dem weitaus größten Teile des Volkes nicht alle Lasten aufgebürdet werden zum Vorteil einer verschwindenden Minderheit. Dr. S. Rosenfeld bekräftigt ausführlich die Landarbeiters-Ordnung und vertritt die Ansicht, daß sie nicht so schlecht sei, wie immer behauptet werde.

Den beiden Rednern folgte eine rege Aussprache, die mit der Beratung von Anträgen den Rest des dritten Verhandlungstages ausfüllte.

Angenommen wurde eine Protestresolution, die die Freigabe des von der Entente-Kommission in Paris beschlagnahmten Gewerkschaftshauses fordert. Von den in Oberschlesien geborenen Landarbeitern wird in dieser Resolution verlangt, daß sie sich an der Abstimmung in Oberschlesien beteiligen.

Gewerkschaftliches.

Die Tarifverhandlungen im Bankgewerbe.

Einheitslohn und variable Teuerungszulagen.

In der Dienstagssitzung des Schlichtungsausschusses für die Tarifverhandlungen im Bankgewerbe wurde das Ergebnis der Entscheidung des Ausschusses über die Frage Einheitslohn oder Mantelstarif und über die Frage der Variabilität des Einkommens durch den Vorsitzenden bekannt gegeben. Der Schlichtungsausschuh hat einstimmig beschlossen, daß ein Einheitslohn mit Ortsklassen geschaffen und daß in dem Tarifvertrag auch die Variabilität der Teuerungszulagen festgelegt werden soll. Es soll zunächst das Februarereinkommen festgesetzt und dieses Einkommen dann am 1. Juni und am 1. Oktober einer Revision unterzogen werden, und zwar in der Weise, daß aus dem Gesamteinkommen ein sogenanntes Bankbeamtenexistenzminimum herausgenommen wird, auf der Grundlage einer Familie mit 3 Kindern. Von diesem sozialen Existenzminimum, dessen Höhe noch nicht festgelegt ist, sollen ledigen 60 Prozent, kinderlos Verheirateten 70 Prozent angedreht werden. Für jedes Kind tritt eine Erhöhung um 10 Prozent ein. Die variablen Teuerungszulagen sollen durch ein Schiedsgericht unter Zugrundelegung der Indizes der Reichsarbeitskammer und unter Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit der Banken so festgestellt werden, daß bei der ersten Erhöhung, falls sie nicht mehr als 30 Prozent und bei der zweiten, falls sie nicht mehr als 40 Prozent gegenüber der ersten Erhöhung ausmacht, die Entscheidung des Schiedsgerichts bindend sein soll.

In der gestrigen Sitzung wurde dann mit den Parteien noch über den Kreis der Personen, auf den sich der Tarifvertrag erstrecken soll, verhandelt und ferner wurden die Fragen der Durchtarifizierung und des Mitbestimmungsrechtes eingehend erörtert, ohne daß hierüber vom Schlichtungsausschuh Beschlüsse gefaßt worden sind.

Die Schiedsprüche für die Chemische Branche.

Am Dienstag, den 17. d. Mts. fand für die Chemische Branche eine Versammlung statt. Willhahn referierte über die schwebenden Lohnbewegungen.

Für die Apothekenarbeiter sind die Löhne durch Schiedsprüche wie folgt geregelt: Männliche Jugendliche von 14 bis 15 Jahren 55 M. pro Woche, von 16 bis 17 Jahren 70 M. pro Woche, von 18 Jahren 85 M. pro Woche. Weibliche Jugendliche

Wir belächeln Mäusen und loben uns die treulichsten Werkzeuge an, die frühere Generationen zum Fortschritt ihrer Nebenmenschen verwendeten. Wir schandern und freuen uns, daß wir in menschlicheren Zeiten leben, und übersehen völlig die Tatsache, daß es keiner kunstfertigen Arbeiterwerkzeuge bedarf, um den menschlichen Körper zu forstern — dies gelingt auch ohne sie jedem Menschen, der einen Griffen in seiner Gewalt hat. Er braucht hierzu bloß das „nachfertige“ Motiv, — das heißt, ein durch das Gesetz bestätigtes Privileg.

„Nennen Sie mir die Namen“ — sagte der Feldwibel, Jimmies Hände waren bis zu seinem Nacken geschoben und der Feldwibel stand über Jimmie gekniet und drehte und drehte. Jimmie war schier blind vor Schmerzen, sein ganzer Körper machte im Krampf. Es ist entsetzlich, es kann doch nicht sein! Alles, alles, damit diese Dual ein Ende nimmt! Eine Stimme gellte in Jimmies Seele: „Sag, es! Sag, es!“ Dann aber gedachte er des kleinen Juden, der so krank ist, ihm vertraut hat. . . Nein, nein, er wird schweigen! Wird ihn nie und nimmer verraten! Aber was soll er tun? Diese Folter ertragen? Er kann sie nicht ertragen, es ist zu furchtbar. Er wand sich, brüllte, fluchte, wimmerte. Vielleicht hat es Menschen gegeben, die selbst gefoltert, ihre Würde bewahrt haben, Jimmie gedachte nicht zu ihnen; er war klöcklich, halb von Jimmie; er tat alles, alles, um sich zu retten — bis auf das eine, das Berlins verlor.

Dies ging so fort, bis der Feldwibel den Helm verlor; der primitive Vorgang, zu dem amerikanische Sentimentalität die Polizei verdammt hat, besaß gewisse Nachteile. Der Sentimentschmerz wurde ungeduldig, er riß und drohte an Jimmies Armen, so daß Connor für wochenlang nicht es durfte den Gefangenen selbstverständlich kein Glied gebrochen werden.

Berlins befahl: „Den Kopf hinunter!“ Sie bogen Jimmie nach vorn, bis sein Kopf den Boden berührte. Grady band Jimmies Hände zusammen, Connor hielt ihn am Hals fest und Berlins trat auf die Handgelenke. So vermachte er die Prozedur fortzusetzen, ohne dabei gebeng stehen zu müssen, was eine große Erleichterung für ihn war. „Sag, Sie der Teufel!“ — rief er. — „Sag, Sie nicht die ganze Nacht hier bleiben. Vorwärts, gestehen Sie! Gestehung ist!“

Jimmie Higgins.

Roman von Upton Sinclair.

Aus dem Manuskript übertragen von Hermine zur Mähen.

Der zweite Soldat hieß Grady; er hatte Frau und Kinder in einer Mietskammer in der „Höllens-Nähe“ von New York zurückgelassen, um gegen den Kaiser zu kämpfen. Er war ein guter, anständiger Irlander, der sich schwer sein Brot verdient hatte, indem er zehn Stunden am Tag Wästel und Biestel über hohe Leitern schleppte. In seinem ganzen Leben hatte er sich ein einziges Mal als Junge in der Volksschule unliebsam bemerkbar gemacht. Er glaubte fest daran, daß irgendwo unter seinen Füßen eine Bombe aus Schwefel und Nitraten brodelt, in die er für die Ewigkeit geraten wird, wenn er die Gebote des Priesters nicht befolgt. Grady wußte auch, es gebe böse Menschen, die die heilige Kirche verleumden und verfolgen und aber tausend Seelen in die Hölle locken, diese bösen Leute hießen Sozialisten und Anarchisten und waren leibhaftige Sendboten des Teufels. Sollten denn nicht etliche von ihnen unlängst eine Bombe in die Kathedrale der fünften Avenue, kaum eine Meile von Graddys Mietskammer entfernt, geworfen? Dieses hatten sie getan, deshalb war es ein heiliges Werk, sie anzurufen. So haben die Graddys ein halbes Jahrhundert gelebt und deshalb hatten sie Dummheit und Straftatler angewendet, in schwarzen, unterirdischen Verliesen, in Italien, Österreich und Spanien — und in den großen Städten Amerikas, wo die heilige katholische Kirche zusammen mit anderen großen Körperschaften die Polizeimacht in der Hand hält.

V.

„So, Sie sind fertig.“ — sagte Berlins — „jetzt hören Sie mich einmal an. Sie werden mir die Namen nennen. Sie werden mir diese Namen nennen, verstanden? Sie glauben vielleicht, Standhaft bleiben zu können, ich aber werde Ihnen, wenn es sein muß, jedes Glied einzeln abzuschneiden — ich werde nichts unterlassen, um Sie klein zu kriegen. Verstanden?“

Jimmie nickte, die Worte blieben ihm in der Kehle stecken und er würgte bloß zusammenhängende Laute hervor.

„Es wird Ihnen bloß viele Schmerzen verursachen, wenn Sie noch länger zögern. Seien Sie vernünftig. Wer sind die Leute?“

„Es gibt keine Leute. Sie . . .“

„So, nun gut. Wir werden schon sehen.“ Der Feldwibel drehte Jimmie um, so daß er hinter dessen Rücken stand. „Halte ihn“ — befahl er den beiden Männern, und diese hielten ihn an den Schultern fest. Der Feldwibel packte Jimmies gefesselte Hände und hob sie an Jimmies Rücken hinauf.

„Auf!“ — rief Jimmie — „Hören Sie auf! Hören Sie auf!“

„Werden Sie die Namen nennen?“

„Hören Sie auf!“ — brüllte Jimmie — „Sie werden mir den Arm brechen, den demontierten!“

„Verwundet?“ — fragte der Feldwibel.

„Ja, eine Krugel.“

„Teufel!“ sagte der Feldwibel.

„Es ist wahr, fragen Sie, wen Sie wollen. Bei der Schacht von Chateaux-Thierry in Frankreich.“

Für einen Augenblick ließ der Druck gegen Jimmies Hände nach; dann jedoch erinnerte sich der Feldwibel, daß Leute, die eine militärische Karriere machen wollen, ihren Vorgesetzten nicht mit Sentimentalitäten kommen dürfen. „Wenn Sie bei einer Schlacht verwundet wurden, weshalb sind Sie jetzt zum Verräter geworden? Die Namen!“ Und er hob Jimmies Hände höher hinauf.

Jimmie hatte sich derartig wahrhaftige Schmerzen nicht einmal im Traum vorstellen können. Er brüllte auf: „Warten Sie! Warten Sie! Hören Sie . . .!“ Der Feldwibel hörte zu pressen auf: „Die Namen!“ Und da Jimmie keine Namen nannte, begann die Folter von neuem. Jimmie wand und bäumte sich, doch hielten ihn die beiden anderen Männer wie in einem Schraubstock. Jimmie fluchte, schrie, aber die Gefängniswachen waren mit weiser Unmuth so dick gedant, daß die Besizer dieses Gebäudes drinnen nicht hören konnten, was drinnen in ihrem Interesse vor sich ging.

sche erhalten 80 Prozent dieser Sätze. Arbeiter vom 18. Jahre einen Anfangslohn von 180 M. pro Woche, nach 1 Jahr 145 M. pro Woche, nach 2 Jahren 160 M. pro Woche. Erwachsene weibliche, verheiratet, 80 Prozent dieser Sätze, unverheiratet 70 Prozent. Weimachefrauen erhalten pro Stunde 1,90 M.

Für die Chirurgie-Mechanik wurde Anfang Januar ein neuer Vertrag mit Gültigkeit bis 31. März 1920 abgeschlossen. Die Frage der außerordentlichen Teuerungszulage wurde solange aufgeschoben, bis dieselbe im Einzelhandel geregelt ist. Die Arbeitgeber haben eine Erhöhung von 15 Prozent vorgeschlagen. Da die Verhandlungen im Einzelhandel noch nicht erschöpft sind, konnte keine verbindliche Erklärung abgegeben werden.

Für den Chemischen Großhandel wurde folgender Schiedsspruch gefällt: Männliche Jugendliche von 14 bis 15 Jahren 80 M. pro Woche, von 16 Jahren 90 M. pro Woche, von 17 Jahren 100 M. pro Woche, von 18 Jahren 110 M. pro Woche. Weibliche Jugendliche 90 Prozent weniger. Arbeiter über 20 Jahren, ungeheute Arbeiter, Anfangslohn 140 M. pro Woche, nach 1 Jahr 150 M. pro Woche, bis 2 Jahre in der Branche. Räder 160 M. pro Woche. Schaffner und Auslieferer Anfangslohn 100 M. pro Woche, nach 1/2 Jahr 170 M. pro Woche. Chauffeurs und Fabrikarbeiter 180 M. pro Woche. Erwachsene Arbeiter 75 Prozent dieser Sätze.

In der Verbandsstoffbranche konnte es trotz großer Bemühungen noch nicht zu Verhandlungen kommen.

In der Chemischen Industrie scheinen die Arbeitgeber die Verhandlungen verschleppen zu wollen. Eine Resolution, die dieses scharf zurückschickte, wurde einstimmig angenommen. Als Delegierter zur Handelsarbeiter-Konferenz wurde Mühlhahn einstimmig gewählt.

In einer Zuschrift bezeichnet die Zeitung der Chemischen Branche die Behauptung von Fritz Schmidt in der Delegiertenversammlung des Zentralverbandes der Angestellten am vergangenen Sonntag, daß der Streik im Chemischen Großhandel abgebrochen worden sei, weil die Zeitung des Transportarbeiter-Verbandes nicht die Kreuze gehalten habe, als eine grobe Unwahrheit. Wir geben von dieser Auffassung Kenntnis, erwarten aber, daß unsere Spalten nun nicht von neuem für ein Gerücht über den verunglückten Streik im Chemischen Großhandel in Anspruch genommen werden.

Betriebsräte, Arbeiter- und Anstelltenamtschüsse der Nahrungs- und Genussmittelbranche

Keiner der gesamten Funktionäre versäume heute abend in die bereits bekanntgegebene Funktionsversammlung in den „Vorwärts-Eisen“, Adersbastei 6/7, 6 1/2 Uhr, zu gehen.

Streik in der Strohhutbranche

Eine Versammlung aller in der Strohhutbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen nahm Stellung zu dem Angebot der Unternehmer auf die geforderte 60prozentige Lohnsteigerung. Dieses Angebot, 90 Prozent Lohnsteigerung, wurde von der Versammlung mit überwältigender Majorität abgelehnt und beschlossen, sofort in den Streik zu treten.

Lohnerhöhung für Lederarbeiter und -arbeiterinnen

Eine Versammlung der Berliner Lederarbeiter und -arbeiterinnen vom 15. d. M. nahm nach Berichterstattung über die Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuss den Schiedsspruch an. Ueber die Wirtschaftshilfen soll nochmals mit den Unternehmern verhandelt werden.

Der Schiedsspruch bringt Lohnarbeitern einen 40prozentigen Zuschlag. Hilfsarbeiter, die bisher 3,80 M. Stundenlohn hatten, erhalten 20 Prozent Zuschlag, solche die mehr als 3,80 M. pro Stunde verdienen, erhalten 10 Prozent Zuschlag. Nach 1/2-jähriger Tätigkeit werden 5 Tage Urlaub zugestanden. Folgende Wirtschaftshilfen: Sätze wurden festgelegt: Verheiratete, Witwen und Wälder 170 M., Ledige 85 M. Die Wirtschaftshilfen sollen alle Arbeiter und Arbeiterinnen erhalten, die vom 1. 11. 19 bis 31. 1. 20 im Betrieb beschäftigt waren.

Teuerungszulagen in der Textilindustrie Groß-Berlin

Nach mehrmaligem Verhandeln vor der Nordostberliner Textilarbeiters-Gemeinschaft machten die Arbeitgeber am 14. d. M. folgendes Zugeständnis: In den bestehenden Tariflöhnen sollen für Januar 1920 gezahlt werden an Männliche über 20 Jahre pro Stunde 65 Pf., Weibliche über 20 Jahre 60 Pf. und Jugendliche bis 20 Jahre männlich und weiblich 55 Pf. Für Februar Männliche 80 Pf., weibliche 65 Pf., Jugendliche 60 Pf. Für März Männliche 1,10 M., Weibliche 95 Pf., Jugendliche 80 Pf., aber nur für jede geleistete Arbeitsstunde. Wenn Männliche und Weibliche unter 20 Jahre Kinder zu ernähren haben, so sollen sie die Zulage der über 20 Jahre alten erhalten. Die rückwirkende Zahlung für Januar soll in dieser Lohnwoche und die für Februar in der nächsten Lohnwoche erfolgen. Die von 1000 Berufsberechtigten besuchte Branchenversammlung der Färber und Wälder am 17. d. M. nahm einstimmig das Zugeständnis der Arbeitgeber an.

Rechtsanwaltsangestellte

Zur Beilegung der Streitigkeiten zwischen den Rechtsanwaltsangestellten und deren Angehörigen hat das Reichsarbeitsministerium einen Verhandlungstermin auf den heutigen Donnerstag anberaumt. Ueber den Verlauf der Verhandlung wird in einer heute abend 7 1/2 Uhr im Königsplatz-Kasino, Holmarkstraße 72, stattfindenden Versammlung der Angestellten Bericht erstattet werden.

Lohnbewegung in Gerra, Anaben, Gummimantel-Konfektion

Nach den Beschlüssen der zentralen Verhandlungen in der vergangenen Woche sollten die Lohnfragen dringlich geregelt werden. Die Unternehmer haben nun die eingereichten Forderungen nicht als Verhandlungsbasis anerkannt und den Schlichtungsausschuss angezogen, der am Freitag, zusammentritt.

Nur die in der Holzindustrie beschäftigten Transportarbeiter sind am Montag eine Vertrauensmänner-Versammlung, die sich mit der Lohnbewegung beschäftigt. Schuppe wies auf den Schiedsspruch hin, der auch den Hilfsarbeitern tariflich festgelegte Teuerungszulagen brachte. Es müsse dafür Sorge getragen werden, daß der Schiedsspruch auch überall durchgesetzt wird. In der Diskussion forderten einzelne Diskussionsredner die Streikunterstützung um 20 M. zu erhöhen, es muß dazu aber erst die Ortsverwaltung und die Generalversammlung Stellung nehmen.

Groß-Berlin.

Die Grippe-Epidemie

Eine neue Grippe-Welle geht durch die Welt. Aus der Schwed., aus Danemark, aus Frankreich, Spanien und Italien kommen Nachrichten über das plötzliche Wiederauftreten der Krankheit. Auch in Japan, in Indien und Nordamerika mehren sich die Erkrankungen.

In Berlin ist seit Ende Dezember gleichfalls eine Zunahme der Erkrankungen festzustellen, die sich im Laufe des Januars verschärfte und jetzt, Mitte Februar, zu einer beträchtlichen Höhe der Krankmeldungen geführt hat. Leider haben sich auch die schweren Fälle wieder vermehrt, Lungenentzündungen und Herzschädigungen insbesondere sind die Ursache zahlreicher Todesfälle. Die Folgen der zahlreichen Erkrankungen ist eine Überfüllung der Krankenhäuser, der städtischen durch Bereitstellung immer neuer Betten nach Möglichkeit entgegengeordnet wird. Leider macht sich ein erheblicher Mangel an weiblichem Pflegepersonal bemerkbar, sowohl im Anstaltsbetrieb wie für die häusliche Krankenpflege. Es ist dies um so auffälliger, als doch zahlreiche im Kriege bewährte Krankenschwestern vorhanden sein müssen, die nach Kriegsende in die Familie oder in andere Berufe zurückgekehrt sind.

Im übrigen ist die Schwere der jetzigen Grippe-Epidemie bisher mit der des Jahres 1918 nicht zu vergleichen. Selbst die bisher höchste Zahl täglicher Krankmeldungen bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse der Stadt Berlin blieb mit 804 noch unter der halben Höhe der Höchstmeldungen im Oktober 1918, die damals 1787 betrug. Da nach den Erfahrungen früherer Zeit die einzelnen Grippe-Wellen selten länger als 8-10 Wochen andauern, und wir bereits in der 8. Woche des Wiederauftretens uns befinden, ist zu hoffen, daß die Epidemie nicht zur vollen Höhe des Vorjahres emporsteigen, vielmehr in kurzer Zeit wieder abflauen wird.

Die Sterblichkeit der Erkrankten ist übrigens nicht außerordentlich hoch. In den ersten zehn Februartagen gemeldeten Erkrankten sind 44 gestorben, das sind etwa über 1 Prozent der Erkrankten.

Neue Filialen der Kohlenstelle

Der große Andrang des Publikums zu den Kaminen der Kohlenstation des Magistrats Berlin in der Spandauer Straße 10 nötigte diese bereits im Beginn des Winters, je eine Zweigstelle im Nordwesten und Nordosten Berlins zu eröffnen. Es werden nun demnächst noch weitere solcher Filialen in den einzelnen Stadtteilen eingerichtet werden. Hierbei wird die Kohlenstation als erste Dienststelle des Berliner Magistrats von der Einteilung in 6 große Verwaltungsbezirke, in welche nach der bevorstehenden Erledigung des Seifenwurfs Groß-Berlin das jetzige Gebiet der Stadt Berlin zerlegt werden soll, praktischen Gebrauch machen.

Als erste dieser neuen Zweigstellen wird bereits heute vormittag 10 Uhr die für den zukünftigen Stadtbezirk „Hallische 3 Tor“ bestimmte Filiale in Berlin SW, Bismarckstr. 37, Ecke Gneisenowstraße, in der bisher ein jetzt eingezogenes Polizeirevier untergebracht war, dem Verkehr übergeben werden. Die Zuständigkeit dieser Zweigstelle wird sich auf insgesamt 42 Prozentmischungsbezirke erstrecken, die im einzelnen an den Anschlagtafeln bekannt gegeben werden.

Lazarettinassen!

Freitag nachmittag 3 Uhr in den Lunafällen, Neue Königsstraße 7, Volksversammlung der Vertretenen der Groß-Berliner Lazarette. Zuständig auf 100 Lazarettinassen ein Delegierter. Lazarett-Kommission Berlin-Brandenburg. (ang.) Humboldtwerk. Döbeler.

Unterricht über „sittliche Lebenskunde“ in Lichtenberg

Die nächste Stadtoberordnetenversammlung in Lichtenberg wird sich mit einer Magistratsvorlage beschäftigen, die ab Ostern 1920 die Einführung eines Unterrichtes über „sittliche Lebenskunde“ in den Schulen für die Kinder vorseht, die am Religionsunterricht nicht teilnehmen oder überhaupt keiner Stadteingemeinschaft angehören. Der Unterricht soll auf Wunsch zahlreicher Eltern als private Veranstaltung der Stadt eingerichtet werden. In ihm soll die Erziehung zur sittlichen Persönlichkeit, deren Pflege eigentlich Gegenstand jedes Unterrichtsgebietes sein muß, im Mittelpunkt stehen. Fragen des religiösen Lebens und der Religionsgeschichte sollen von einem freien, besonders von konfessionellen Anschauungen völlig unbeeinträchtigten Gesichtspunkte behandelt werden. Der Unterricht soll nach Bedarf in mindestens 2 Wochenstunden als freiwilliges Lehrfach eingeführt werden. Das Unterrichtsziel soll in vier aufsteigenden Kursen erreicht werden.

Die Leichenverbrennung in der Waschküche

Wie ein Stück aus einem Hintertreppentraum hing ein Fall, der von der Kriminalpolizei in dem Hause Stralauer Allee Nr. 20a aufgedeckt worden ist. Dort hauste für sich allein eine 70 Jahre alte Witwe Emilie Tiller, geborene Weichstein, in Stube und Küche. Am gleichen Platz mit ihr wohnten die 48 Jahre alte Widmerstrau Witwe Ottilie Plämer und deren 18jährige Tochter Gertrud. Diese beiden betreuten und pflegten die Greisin, die schon seit längerer Zeit krank und gebrechlich war. Seit dem 20. Januar sah man im Hause Frau Tiller nicht mehr und man

hörte auch nicht mehr von ihr. Das gab nach und nach Veranlassung zu allerhand Gerüchten. Man sprach schließlich mehr oder weniger laut davon, daß die Greisin ermordet und daß ihre Leiche heimlich geschloffen sein müsse, aber niemand tat etwas, um der Sache auf den Grund zu gehen. Frau Plämer und ihre Tochter begegneten den Gerüchten und Aushörungen mit der Erklärung, Frau Tiller sei nach Jeshendorf-West zu Verwandten gezogen. Dabei blieb es dann auch.

Da kam gestern ein Ruffe der alten Frau, um sie nach langer Zeit wieder einmal zu besuchen. Auch ihm erzählte Frau Plämer und ihre Tochter von dem Unglück, von dem er noch nicht gehört hatte. Er beruhigte sich aber nicht und schöpfte um so mehr Verdacht, daß es da nicht mit richtigen Dingen zugehe, als er von Verwandten in Jeshendorf nie etwas gehört hatte. Die Erzählungen der Leute im Hause, bei denen er sich umhörte, veranlaßten ihn, gleich zur Polizei zu gehen.

Die Nachforschungen ergaben nun, daß Frau Plämer und ihre Tochter, um sich in den Besitz der Hinterlassenschaft der verstorbenen alten Frau zu setzen, die Leiche nach der Waschküche geschleppt haben, wo sie von Frau Plämer zerstückelt und verbrannt wurde.

Gegen die Umgehung der Höchstmietenerhöhung haben sich zahlreiche Mieter-Versammlungen ausgesprochen. Eine am 16. Februar in der Neuen Welt stattgefundene Mieter-Versammlung legte entschiedene Verwahrung ein gegen die Beschlässe des Wohnungsbauverbandsausschusses, die den Hausbesitzern von vornherein die Erhebung eines besonderen Reparaturzuschlages auf die Friedensmiete ohne jede Berechtigung zubilligte. Dadurch würden dem Hausagrarium und Hypotheken-Spekulanten ganz unberechtigte Einnahmen ohne genügende Kontrolle zehrt.

Studentenwahlen. An den ersten beiden Tagen hat die Liste sozialistischer Studenten schöne Erfolge erzielt und ca. 100 Prozent Stimmen gegen das Vorjahr gewonnen. Es ist anzunehmen, daß auch am heutigen letzten Tage der Wahlen jeder sozialistische Student an die Wahlurne geht.

Erforscht wurde gestern von Kriminalbeamten in dem Hause Bornimstr. 12 ein Mann namens Rühlau, den Kriminalbeamte festnehmen wollten. Rühlau wohnte dort unangemeldet bei einer Frau. Er war aus dem Zuchthaus entwichen. Es kam zu einer Schießerei, wobei Rühlau den Tod fand.

Lebensmittellieferanten

Berlin. Von heute ab wird auf die E-Kartenzettel wieder 1/2 Liter Vollmilch bis auf weiteres verabfolgt. Die übrige Belieferung bleibt wie bisher.

Freiheitsfeier. Koffleischkarten werden bis Freitag von 9 bis 12 Uhr in unserem Ernährungsamt, Wilhelmstr. 9, gegen Vorzeigung der Haushaltungsmeldkarte herausgegeben. Der Koffleischverkauf findet von Freitag vormittag 10 Uhr ab in Friedrichstraße bei Schmidt, Fußstr. 11, in Reichshof bei Dahms, Treibschmiede 87, auf Adelsstr. 1 der Koffleischkarte statt. — In dieser Woche 3 Pfd. Kartoffeln. Als Ersatz für die fehlenden 4 Pfd. Kartoffeln am Sonnabend 125 Gr. Teigwaren.

Bankrott. Von heute ab auf Abschnitt 70 der Lebensmittelkarte, soweit der Vorrat reicht, 1 Dose Brottaffel; auf Abschnitt 4 der allgemeinen Lebensmittelkarte 125 Gr. Gerstenflohen.

Aus den Organisationen

U. S. V. Brandenburg. Elternratswahl. Wir ersuchen die Distrikteleitungen, die Vertreter der einzelnen Schulen zusammenzuberaufen um ihnen einen instruktiven Vortrag über ihre Aufgaben halten zu lassen. Um genügend Referenten zu erhalten, würde es sich empfehlen, wenn mehrere Distriktleiter sich verständigen, um eine einheitliche Versammlung zu veranstalten. — Anmeldebogen zur Jugendwoכה können bis Sonnabend, den 21. d. M. angenommen werden.

7. Distrikt. Der Kursus über Staatsrechtslehre (Gen. Eichhorn) beginnt Donnerstag, den 19. Februar, abends 7 Uhr, in der Schulaula Plauer Straße. — Sonntag, den 22. Februar, abends 7 Uhr, in der Aula Langstr. 31 Vieder- und Resolutionsabend, Mitwirkende: Berthe Grundmann und Fritz Richard. Eintritt 1 M.

18. Distrikt. Freitag, den 20. Februar, abends 7 Uhr, Mitgliederversammlung. Referent: Ledebauer. Ohne Mitgliedbuch kein Zutritt. Zellw.-Beeshom. Karten zur Beklebung im Großen Schauspielhaus am 22. d. M. sind noch bis Freitag abend im Bureau, Neuhofstr. 3, zu haben.

Charlottenburg. Donnerstag, 19. Februar, 7 Uhr. Öffentliche Versammlung in der Gemeindefaule Miesstr. 22. Thema: Aufgaben der Elternbeiräte. Ref.: Gen. Löwenstein.

Charlottenburg. Kritisationskommission. Heute, Donnerstag, abend 7 Uhr Sitzung im Rathaus, Zimmer 304. Alle an der Konvogation teilnehmenden Genossen haben zu erscheinen. Der Obmann.

Tempelhof. Donnerstag, 19. Februar, abends 5 1/2 Uhr, öffentliche Sitzung der Gemeindevertretung im Ljusum, Germanstr. 48.

Lichtenberg. Heute abend 7 Uhr Wählerversammlung für die Wähler der 15., 16. und 17. Gemeinde und der Frauen-Wahlkreise in der Aula dafeldstr. Vortrag des Genossen Dr. Simson.

Bezirk Reinickendorf. Heute abend 7 Uhr öffentliche Versammlung in den Hubertussteinen, Frobergstr. 77/78. Vortrag des Genossen Gebriel über: „Schule und Elternbeiräte.“ Unsere Mitglieder werden um pünktliches Erscheinen gebeten. Der Aktionenausschuss.

Wittenau. Donnerstag, 19. Februar, abends 7 Uhr, öffentliche Volksversammlung bei Eberhardt Eiborfer Straße 36. Thema: „Schule und Haus.“

Bereinskalender

Zentralverband der Angestellten. Versammlungen am Freitag Nachgruppe 2 (Sektion der Betriebsangestellten) abends 8 Uhr in den Prokuren „Alt-Berlin“, Blumenstr. 10. — Nachgruppe 4 (Sektion der Versicherungsangestellten) abends 8 1/2 Uhr im Dresdener Casino, Dresdener Straße 99. — Nachgruppe 10 (Legit. und Bekleidungsbranche) abends 7 Uhr in den Musikerkäfen, Kaiser-Wilhelm-Straße 31. — Nachgruppe 17 (Angestellte der Fischgroßhandlungen und Fischkonservenindustrie) abends 7 1/2 Uhr in Hoyerlands Festhale, Neus-Friedrichstr. 35.

Verband der Buchhändler. Freitag nachm. 5 Uhr in den Zentralfesthale, Alte Jakobstr. 22, Branchenvorversammlung aller in Buchbinderei, Buchdruckerei und Geschäftsbuchfabriken beschäftigten Buchbindereiarbeiter und -arbeiterinnen.

Internationaler Bund der Kriegseingeschlagenen. Mitgliederversammlung des Bezirks Norden 5 Freitag abend 7 Uhr in der Schulaula Schönhafer Straße 5

Freie sozialistische Arbeiterjugend, Ortsgruppe Nordost. Freitag abend 8 Uhr Zusammenkunft bei Kramar, Colbeniusstr. 3.

Grammophonplatten.
Die gartunten. K. u. V. 3 M.
n. Zimmermann, Schwedter
straße 3, Hof 1.

Kupfer bis 23,00 M.
Messing „ 13,50
Niel „ 7,50
Zink „ 6,00
alle Metalle
A. Aulmann, Neukölln,
Stelmenstraße 18.

Metalle
Kupfer 22,50
Messing 18,50
Niel 7,50
Zink 6,50
größere Posten mehr
Waldmannstr. 22

ausgekämmtes Haar
ein Gramm 1.— Mark
in größerem Quantum mehr.
Verhandlung Felwel
Neue Königstraße 35, III.

Alt-Eisen, Gießereieisen
bis 160.— M.
Kupfer 23.— M.
alle andern Metalle entsprechend
hohe Preise, kauft ständig
Kamrath, O. II 2
Crosener Straße 30-31,
Fernruf Köpenick 2169.

Kupfer 24.— M.
Messing 14.— M.
Blei 9.— M.
Zink 8.— M.

Metallankauf
Neue Jakobstraße 20
Kommandantenstr. 77-78
Fernruf: Zentrum 57 5
Kupferleitungen, Kabel,
Litzen kauft Baumann, Braun-
straße 152.

Kupfer bis 23,—
Messing „ 13,50
Niel „ 7,50
Zink „ 6,00
Reinzing „ 70,—
pro Kilo, bei größeren
Posten noch höher, zahl
nur Metallschmelze
Präzisionsneustr. 17
neben Wertheim (Moritzplatz)

MOTORE
Drath-Kabel
kauft höchstzahl. Installation
Wallmannstraße 22.

Elektrische
Kabel
Litzen
Dynamo-Kilowattzähler
kauft höchste zahlend
Silbermann
Neue Königstraße 32
Fernruf. Alex. 3115.

Asthma
mit
Maston-
anfällen u.
stark. Verschlei-
mung bedet wirksam
Hilfe durch Reichels achte
Asthmatropin, berührt
durch ihre Wirkung, alljähr-
lich stände Er-olte. M. 7,50.
Otto Reichel,
Berlin 46 SO, Ebershahstr. 4

Rupferleitungen,
Motore, Dynamodraht
kauft zu Höchstpreisen
Elektrobrunn. Langestr. 27,
1 Treppe, Alexander 2090.

FELLE
aller Art, roh sowie gegerbte
kauft höchstzahlend
Chanos, Berlin, Alexander-
straße 61-62, Köpenick 2451.

Zahngebisse!
Goldbruch, Silberbruch,
Platin
Selbsterzeugtes Silber,
Oeocalfiber, sämtliche
Metalle kauft höchst-
zahlend
Silberschmelze
Christmann,
Köpenicker Str. 20a
(neueh. Manufakturstr.)

Metallhandlung.
Walnrothentorstr. 5,
kauft, will Ware bedingt, für-
Kupfer 21,— Messing 14,50,
Blei, Zinn usw.
die besten Preise.
Bitte beachten!

Elektromotore
Gleichstrom u. Drehstrom
kauft
Ingenieurbüro Schlichting
Berlin W 9, Lieskestr. 10,
Tel.: Litzow 3705 und 6838.

Goldflake
Garbary, Josell, Problem,
Neuburg, Verkauf, Gastwirt,
Kantinen, Selbstverbr. Katzky,
Gr. Frankfurter Str. 97, Hof str.

Feine ratwollene
Anzüge, Paletots,
Glaser und Rosen nach Maß
: ganz besonders billig :
Katz, Schneidermeister,
Französische Str. 45.

Kupfer .. bis 22,00
Aluminium 20,00
Rotzinn 1,00
Blei .. 7,50 bis 8,00
Zink .. 6,00 — 6,50
Zinn, Lazermetall
kauft Schösser Metall-
schmelzwerk 88,
am Moritzplatz.

Allerhöchstzahlend!
Sämtliche Metalle
Metallkaufer Zentrum
Kaiser-Wilhelm-Str. 34.

Leim, Schellack,
61, Harz, auch kleine Posten,
kauft **Winter,** Oranien-
burger Straße 12.

Spezialarzt
Dr. med. Lommer
Geschlechtskrankheiten
Syphilis, Salvarsan-Kuren
Ermitt. abh. über, bzw. durch
Damen separat. Mäßige Preise.
Brunnenstr. 185
B-L-7, Post. U-2, Hauptstr. Platz.

Schnellauflöser.
Schmirgellein, sämtlich
aus Werkzeuge, kauft 24
allerhöchsten Tagespreisen
Henschel, Moabit, Rostack
Str. 22, Ecke Wittstocker Str.

Knopflochanzeiger
ganz gelbe, auf Herrenkrone
verlängert sofort
Gebrüder Borchardt,
Wälschhofstr.
Pappelallee 78-79.

Junge Mädchen
für leichte Beschäftigung
verlangen sofort
Gebrüder Borchardt, Wälsch-
hofstr. Pappel-Allee Nr. 78-79

Blusenverschneiderinnen,
gelbe, verlangen sofort
S. Blumenau & Sohn
Pappelallee 78-79.

Knopflochanzeiger
ganz gelbe, auf Herrenkrone
verlangen sofort
S. Blumenau & Sohn
Pappelallee 78-79.